

kontrovers

herausgegeben von der
Rosa Luxemburg Stiftung
und WISSENTransfer

Beiträge zur politischen Bildung

02/2009

Institut für Gesellschaftsanalyse

Die gesellschaftliche Linke in den gegenwärtigen Krisen

An der Erarbeitung und Diskussion dieses Beitrags haben mitgearbeitet: Lutz Brangsch, Michael Brie, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirovič, Conny Hildebrandt, Christina Kaindl, Dieter Klein, Günter Krause und Rainer Rilling.

Vorbemerkung

Die Wahlen zum Europaparlament haben die Schwäche der sozialistischen, linken und sozialstaatlich orientierten Kräfte in der Europäischen Union verdeutlicht.

Die folgenden Thesen diskutieren die Frage, warum es der gesellschaftlichen Linken in der jetzigen Krise nicht gelungen ist, strategisch offensiv zu werden. Sie führen das Thesenpapier des Instituts für Gesellschaftsanalyse vom März 2009 fort (»Die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus – Herausforderung für die Linke«. Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Erschienen als *Kontrovers* 1/2009¹, im Weiteren als »IfG Krise I« abgekürzt). Mit dem Begriff der »gesellschaftlichen Linken« ist das Mosaik (Hans-

Jürgen Urban) von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, parteipolitischer Linke und den verschiedensten linksaffinen Gruppen in der Bevölkerung gemeint.

Die hier vorgelegten Thesen basieren auf Diskussionen im Wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, in Transform Europe und in vielen linken akademischen und politischen Gruppierungen, an denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IfG teilnahmen.

Eine wesentliche Grundlage sind auch Texte, die im Ergebnis einer Befragung von linken Aktivistinnen und Aktivisten entstanden sind (Michael Brie; Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Die Linken und die Krisen. Policy Paper der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Juni 2009).

»Du wirst niemals wollen, dass eine ernsthafte Krise sinnlos vergeudet wird ... Sie ist eine Chance, Dinge zu tun, von denen Du glaubst, Du hättest sie ohne diese Krise nicht tun können.«

Rahm Emanuel, Stabschef im Weißen Haus unter Präsident Barack Obama

I. Die Krisen als Herausforderung

These 1: Die Tatsache, dass die gesellschaftliche Linke in Deutschland in der jetzigen Krisensituation vor allem als verteidigende Kraft wahrgenommen wird und sich in der Defensive befindet, ist Resultat strategischer Schwäche.

Die chinesischen Zeichen für »Krise« sind eine Kombination der Zeichen Gefahr (危 – Wei) und Chance (机 – Ji). Damit ist auch gemeint:

Nicht jede Gefahr ist eine Krise. Vielen Gefahren sind Menschen, Völker, Staaten hilflos ausgeliefert, und sie werden Opfer oft entsetzlicher Katastrophen. Nur dann, wenn in solchen Situationen strategisch eingegriffen werden kann, wenn es möglich ist, Bedrohungen durch Veränderungen des eigenen Handelns und der Bedingungen in eine Chance zu verwandeln, kann jenseits von Problemlagen und Bedrohungen

¹ http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/kontrovers/kontrovers_01_09.pdf

»Die Linke leckt ihre Wunden. Es gibt keine Anzeichen, dass sie die Rolle, die sie einst im 20. Jahrhundert gespielt hat, wieder gewinnen wird. Es wäre heilsam, sich keinen Illusionen hinzugeben und ins Auge zu fassen, dass eine sehr langfristige theoretische und politische Arbeit ihres Wiederaufbaus nötig sein wird.«

Luciana Castellina, 2009

»Diesem Zustand der Anomie müssen – wie wir noch zeigen werden – die ständig auflebenden Konflikte und die verschiedenartigen Formen der Unordnung zugeschrieben werden, deren trauriges Schauspiel uns die ökonomische Welt bietet. Da nichts die vorhandenen Kräfte zurückhält und nichts ihnen Grenzen setzt, die sie zu respektieren hätten, haben sie die Tendenz, sich maßlos zu entwickeln und miteinander zu kollidieren, wobei sie sich gegenseitig zurückdrängen und schwächen. Natürlich vernichten die stärksten die weniger starken und unterwerfen sie sich. Aber wenn der Besiegte auch eine Zeitlang eine erzwungene Unterwerfung erduldet, so stimmt er ihr doch nicht zu, und diese Unterwerfung kann folglich kein stabiles Gleichgewicht bilden. Ein Burgfrieden, der von der Gewalt erzwungen wird, ist immer nur provisorisch und befriedet die Geister nicht. Die menschlichen Leidenschaften halten nur vor einer moralischen Macht inne, die sie respektieren. Wenn aber jede Autorität dieser Art fehlt, dann herrscht das Recht des Stärkeren, und der latente oder offene Kriegszustand ist notwendigerweise chronisch.«

Emile Durkheim, 1902

sinnvoll von Krise gesprochen werden. Krisen sind Zustände vor der Entscheidung. Wie Max Frisch formulierte: »Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihr *nur* den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.« Dieses »nur« ist Krisenkunst.

Ein solches Verständnis von Krise impliziert, sie als geschichtliche Momente höchster Unsicherheit zu begreifen: »Weder ihr konkreter Ausbruch, noch ihr Verlauf oder ihre Ergebnisse sind vorhersehbar. Aus partikularen Krisen einzelner Sektoren können umfassende strukturelle Krisen werden. Sie sind nicht beendet, wenn die Probleme gelöst sind, sondern wenn Verhältnisse entstanden sind, in denen die einen kein Interesse an weiteren grundlegenden Veränderungen mehr haben und die anderen keine Kraft mehr, sie durchzusetzen. Auf Krisen kann reaktionär, konservativ, progressiv oder transformatorisch geantwortet werden.« (IfG Krise I, S. 9).

Strukturelle Krisen verlangen die grundsätzliche Veränderung von Strategie und Taktik gesellschaftlicher Akteure. In ihnen wird darum gekämpft, wer gewinnen und wer verlieren soll, welches neue Entwicklungsmodell möglich ist

und welche Möglichkeiten durchsetzbar sind. D.h., die Akteure selbst müssen sich strategisch und taktisch mit neuen Formen der gesellschaftlichen Entwicklungsweise, bis hin zur Frage der Gestaltung von konkreten Lebenssphären auseinandersetzen und sich diesen Anforderungen entsprechend selbst verändern. Die einfache und unreflektierte Fortsetzung erfolgreicher Ansätze der Vergangenheit verbietet sich.

Es wird gegenwärtig gerade auch von herrschender Seite viel experimentiert. Zumeist sind nicht Masterpläne, sondern Ketten von Improvisationen charakteristisch. Gelingt Akteuren eine solche Umstellung nicht, vermögen sie es nicht, Transformationsstrategien auf der Basis breiter Bündnisse zu realisieren, so bleiben ihnen zumeist nur Abwehrkämpfe einer vergehenden historischen Formation. Die Weichenstellungen werden durch andere bestimmt. In dieser Situation befinden sich die Linken in Deutschland und ebenso europaweit. Sie sind gegenwärtig nicht nur aufgrund ihrer objektiven Position der Schwäche im System politischer Macht, sondern auch aufgrund ihrer subjektiven strategischen und programmatischen Schwäche in der Defensive.

II. Szenarien möglicher Entwicklung

These 2: Die Analyse der gegenwärtigen Krise kann vor allem auf der Grundlage einer marxistischen Untersuchung von Formationen im Kapitalismus erfolgen.

Dieses Konzept geht von einer Abfolge von »Formationen« oder »Produktionsweisen« im Kapitalismus aus, die durch ein bestimmtes *Akkumulationsregime* (Verhältnis der Reproduktion von Kapital und Arbeit mit Bezug auf Produktion und Konsumtion, von Mehrwertproduktion und -realisierung), eine entsprechende Regulationsweise, die das Akkumulationsregime absichert (institutionelle Regelung der Verhältnisse der wichtigsten Akteure wie das Lohnverhältnis, das Verhältnis von Finanzkapital und Unternehmen, Staat und Wirtschaft...), eine adäquate *Klassen- und Bedürfnisstruktur* sowie *Konsumtionsweise* und auch *neue globale und regionale Raum- und Zeitverhältnisse* geprägt ist. In Wellen lösen sich in einer längeren Periode der Instabilität der Grundlagen der Gesellschaft solche Formationen bzw. Produktionsweisen ab. Sie sind verbunden mit dem Umbruch von Geschlechterverhältnissen und der gesellschaftlichen Naturverhältnisse.

Die Umbrüche von Formationen lassen sich nicht monokausal erklären, sondern haben voneinander relativ unabhängige Ursachen. Welche konkreten Ereignisse zum Auslöser

der Umbrüche werden, ist weder vorhersehbar noch entscheidend. Entscheidend dagegen ist, wem es gelingt, die Deutungshoheit über das jeweilige Ereignis (zum Beispiel »Mauerfall« oder den Terroranschlag vom 11. September 2001) zu erlangen und damit die Reaktionsweise zu bestimmen. Die Niederlage in den Deutungskämpfen antizipiert die Niederlage in den politischen und ökonomischen Kämpfen.

These 3: Die jetzige Situation ist durch eine Schwächung der neoliberalen Hegemonie geprägt. Akkumulationsregime und Regulationsweise des Finanzmarkt-Kapitalismus geraten in wachsende dysfunktionale Widersprüche und der historische Block des Neoliberalismus ist in einer tiefen Krise, die starke Elemente des Zerfalls mit sich bringen kann. Ob dies noch eine partikulare Krise ist oder eine umfassende organische Krise des Neoliberalismus, ist noch nicht klar. Am wahrscheinlichsten ist eine Verbindung von institutioneller Stabilität des Finanzmarkt-Kapitalismus und andauernder Krise, in der im Zusammenhang mit partikularen Neuansätzen Richtungskämpfe ausgefochten werden.

In der jetzigen Krise überschneiden sich eine Finanzkrise, eine Konjunkturkrise, eine tiefgrei-

fende Strukturkrise und fundamentale zivilisatorische Krisen, vor allem die Klima- und die Ernährungsmittelkrise (siehe dazu ausführlich IfG Krise I, S. 3 ff.). Es ist auch eine moralische Krise und eine Krise des Marktfundamentalismus als gesellschaftlich tief verankerte Glaubenslehre. Dabei muss an das Wort des indischen Bauernaktivisten Kishor Tiwari erinnert werden: »... von Krise spricht man erst, wenn es die Nadelstreifenanzüge trifft«, also jene erfasst werden, die sich die Entscheidungsmacht angeeignet haben.

Die bisherigen Antworten auf die Krisen des Finanzmarkt-Kapitalismus durch die herrschenden Eliten zeugen von deren enormer Handlungsfähigkeit (schnelle Mobilisierung staatlicher Ressourcen, Koordinationen zur Überwindung der extremsten Auswüchse der Finanzspekulation, Ansätze einer neuen Regulationsweise der Finanzwirtschaft, partielle Konjunkturprogramme – teilweise auch im Rahmen eines Green oder Public New Deal vor allem in den USA und China). Die Herrschenden haben mit hoher Energie viele der bisherigen Dogmen beiseite gelegt und mit nahezu beliebigen Mitteln bis hin zur Verstaatlichung von Banken und Unternehmen reagiert. Eine Geldkrise konnte verhindert werden.

Neben den »Notmaßnahmen« der Krisenbewältigung und im Zusammenhang mit diesen werden wichtige Strategien des Neoliberalismus wie Umverteilung, Privatisierung, Primat der Finanzmärkte (wenn auch in modifizierter Form) fortgesetzt, und es gibt bisher keine allgemeine politische Krise. Die Bevölkerung der Bundesrepublik erwartet keinen grundlegenden Richtungswechsel und hat keine apokalyptische Perspektive. Drei Viertel der Bevölkerung sehen sich im Juni 2009 noch nicht von der Krise

betroffen. Wie Jörg Huffs Schmid feststellt, sind die »realen Machtstrukturen des Finanzmarkt-Kapitalismus... nicht wesentlich geschwächt«. Die tiefe Krise werde im Rahmen relativ stabiler Grundstrukturen bearbeitet. Deshalb käme es weder zu einer sehr schnellen Erholung, wie sie nach der Asienkrise und der New Economy Krise ab 2004 zu beobachten war, noch wäre ein globaler Absturz in eine nachhaltige Depression mit einem Zusammenbruch der wichtigsten Institutionen zu erwarten.

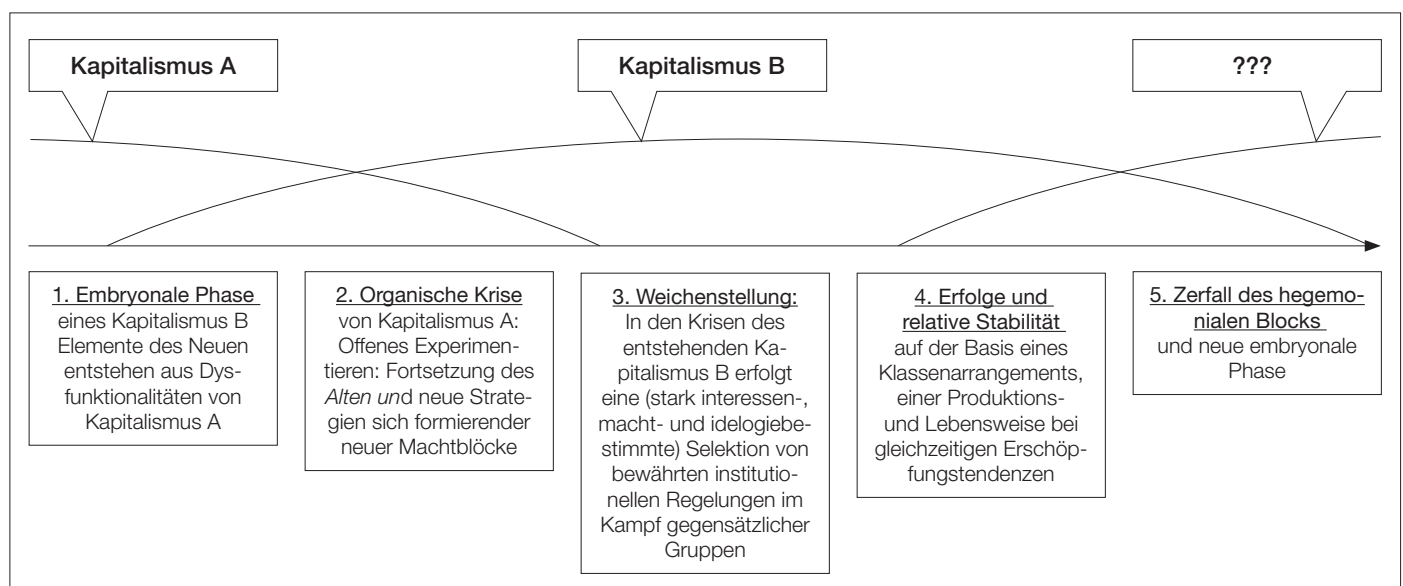
Wenn diese Einschätzung stimmt, dann wird die strategische Grundsituation in den nächsten Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit dadurch geprägt sein, dass der Erhalt der institutionellen Grundstruktur des neoliberalen Finanzmarkt-Kapitalismus gekoppelt wird mit Elementen, die über ihn hinausweisen und seine Kohärenz und damit seine Hegemonie in Frage stellen. *Beides – relative Stabilität und wachsende Inkonsistenz und die Herausbildung neuer Elemente – stehen nicht nur nebeneinander, sondern bedingen sich.* Dies würde u. a. bedeuten:

1. *Wachsende Instabilität des Finanzmarkt-Kapitalismus, zunehmende Dysfunktionalitäten und ein Experimentieren mit alternativen Ansätzen im Rahmen des Finanzmarkt-Kapitalismus koexistieren.* D.h., dass die jetzige Situation durch den Widerspruch zwischen einem geschwächten Finanzmarkt-Kapitalismus und seinem neoliberalen Block einerseits und untergeordneten Elementen neuer Tendenzen andererseits charakterisiert wäre (ausführlich dazu: IfG Krise I, S. 10). Es geht also gegenwärtig nicht nur um eine für Konjunkturkrisen typische bloße Reinigungskrise, in deren Ergebnis die Überakkumulation zurückgeführt wird, starke Konzentrations- und Zentralisationsprozesse ablaufen

»Damit ein Diskurs oder eine Handlung (Bilderstürmerei, Terrorismus usw.) mit dem Ziel, die objektiven Strukturen in Frage zu stellen, Aussichten hat, als legitim (oder gar als vernünftig) anerkannt zu werden und beispielhaft zu wirken, müssen die Strukturen, gegen die solchermassen protestiert wird, selbst schon in einen Zustand der Fragwürdigkeit und Krisenhaftigkeit übergegangen sein, der ihre Infragestellung und die kritische Bewusstwerdung ihres willkürlichen Charakters und ihrer Zerbrechlichkeit begünstigt.«

Pierre Bourdieu, 1997

Grafik 1: Man kann folgende Phasen einer solchen Abfolge unterscheiden:



»Ideologiepolitisch haben sich die Marktliberalen bisher sehr gut gehalten. Auf staatsinterventionistische Zugeständnisse antworteten sie mit Kontern, bei denen sie mehr gewinnen als verlieren. Ihr bislang größter Erfolg in der Bundesrepublik ist die Verankerung eines Schulden-Verbots im Grundgesetz: eine Revolution im System der öffentlichen Haushalte, wie es sich seit etwa drei Jahrhunderten herausgebildet hat. Die FDP legt bei Wahlen und Umfragen zu, und der wirtschaftsliberale Minister Karl-Theodor zum Guttenberg ist ein Star.

Die Linke (im engeren und weiteren Sinne) antwortete bisher eher mit einer Art Tonnen-Keynesianismus, der zumindest in der Öffentlichkeit nicht den Eindruck zu vermeiden vermochte, als habe sie zwar 2005 gefordert, was die Regierung dann 2008/2009 selbst tat, sei anschließend aber nur noch in einen quantitativen Überbietungswettbewerb mit dieser getreten. »Bündnis 90/ Die Grünen« immerhin setzte mit dem Konzept des Green New Deal eigene qualitative Akzente.«

Georg Fülberth, 2009

«Es gibt gegenwärtig eine bemerkenswerte Asymmetrie in der Wahrnehmung der Finanz- und Wirtschaftskrise: in der politischen Klasse, in den Medien und in politisierten Sektoren gibt es ein ausgeprägtes Krisenbewusstsein, das ein Gespür für den historischen Ausnahmecharakter der Situation hat. Demgegenüber wird im Alltagsbewusstsein breiterer Bevölkerungsschichten die Krise als abstrakt und fern der eigenen Lebenswelt wahrgenommen. So wird im ZDF Politbarometer vom Mai 2009 die allgemeine Wirtschaftslage zwar von 40 Prozent als schlecht eingestuft, die persönliche Lage wurde aber nur von 13 Prozent als schlecht bezeichnet.

Diese 13 Prozent entsprechen jenem Anteil, der durch Hartz IV, Prekarisierung und Armutsentwicklung schon seit 2004, also lange vor der Krise, zu den Verlierern der Schröderschen Reformen gehörten. Wir haben es also bisher noch mit einer sozialpolitisch stabilen Lage zu tun.«

Peter Wahl, 2009

(»Konsolidierung«) und Verschiebungen innerhalb herrschender Machtblöcke stattfinden, vielmehr geht es darum, ob sich die Struktur-, Entwicklungs-, Funktions- und Herrschaftskrisen eines bisherigen Entwicklungspfades in der jetzigen Krise so radikalisieren, dass ein neuer Pfad eingeschlagen wird. Dann würde mit der Ausbildung einer solchen organischen Krise des Neoliberalismus tatsächlich der Weg zu einer neuen Entwicklung geöffnet – bislang überwiegen die Blockaden und die Momente relativer Stabilität.

2. *Wenn in Grundfragen die Richtung der gegenwärtigen Entwicklung nicht verändert wird, kommt es aufgrund der bleibenden Überakkumulation zu langandauernder Stagnation und zu neuen Wirtschafts- und ggf. auch Finanzkrisen, erfolgt der strukturelle Umbau nicht im notwendigen Maße, verschärfen sich die globalen Probleme (Klima, Ernährung, Sicherheit, finanzielle und wirtschaftliche Stabilität usw.) weiter verhängnisvoll.* Dies bedeutet auch, dass jenseits apokalyptischer Rhetorik überraschend Ereignisse die Tagesordnung der Welt- und europäischen Politik bestimmen und zu dramatischen Veränderungen führen können. Innerhalb weniger Monate trieb die globale Finanzkrise Millionen Menschen nicht nur in den USA aus ihren Häusern und in Afrika und Asien in die Migration. Kommt es dazu, dass solche Ereignisse in der Bevölkerung vor allem als Konkurrenz und Bedrohung wahrgenommen werden (»Migrationsströme«, »islamistische Gefahr«, »Inflation«, »Standort«...), dann erhöht sich die Gefahr einer repressiv-autitären, womöglich barbarischen Politik. Krisen machen immer zivilisatorische Schutzwälle brüchig und fegen sie bisweilen fort, wenn es dagegen keinen wirksamen Widerstand gibt. Militarisierung, Aufbau einer repressiven Kontrollgesellschaft, deren Eliten sich der demokratischen Kontrolle entziehen, könnten dadurch sprunghaft zunehmen. Gleichzeitig wachsen aber auch die Potentiale eines Richtungswechsels.

Die gegenwärtige Krisensituation wird unmerklich überlagert durch das sich schließende Zeitfenster in der Klimafrage und die sich beschleunigende Zerstörung der elementaren Lebensgrundlagen großer Teile der Bevölkerung insbesondere in Afrika. Die Erfahrungen aus der Geschichte des Kapitalismus zwischen 1874 bis 1914 oder des Staatssozialismus zeigen, dass es Zyklen sich in der Tendenz verstärkender Krisen ge-

ben kann, die an den Rand des Zusammenbruchs oder in diesen hinein führen. Globale Krisenlösungen und globaler Ausgleich sind ohne Strukturbrüche zunehmend unmöglich.

3. Die sich überlagernden Krisen haben jede ihre eigene Struktur und Zeitdimension und betreffen die sozialen Gruppen in unterschiedlichem Maße. Es konkurrieren reaktionäre und fundamentalistische, konservative, progressive und sozialistisch-transformatorische Kräfte um Hegemonie. Für die gesellschaftliche Linke bedeutet dies, dass sie ein hohes Maß an Offenheit entwickeln muss. Die Ablehnung der Lager der USA in Guantanamo und in anderen Ländern erfolgte durch eine viel breitere Gruppe politischer Kräfte als die Ablehnung der militärischen Besetzung Afghanistans, um nur ein Beispiel zu nennen. Die offene Suche nach Gemeinsamkeiten über fast alle politischen Lager hinweg einerseits und die Entwicklung einer klaren erkennbaren positiven Identität der demokratischen Linken andererseits gehören untrennbar zusammen. Der Übergang des Kapitalismus von einer relativ stabilen Entwicklungsweise zum »Krisenkapitalismus« (Dieter Klein²) verlangt einen Wandel der Linken, um den genannten Widersprüchen und Spannungen Rechnung zu tragen.

These 4: Auch in Krisen gibt es eine starke Pfadabhängigkeit von Entwicklung. Die Besonderheit der Situation der Bundesrepublik ist geprägt zum einen durch eine sehr begrenzte Steuerungsaktivität der Europäischen Union über kurzfristige und sektoral begrenzte Maßnahmen zur Stabilisierung hinaus, die besondere Anfälligkeit für neoliberale Politik durch die vorangetriebene negative Marktintegration bei schwacher positiver sozialer und politischer Integration sowie zum anderen durch die extreme Ausrichtung der Bundesrepublik auf ein exportgetriebenes Wachstumsmodell, das Europa und auch die eigene Gesellschaft spaltet. Die besonderen Merkmale der Europäischen Union und des Modells Deutschland in Zeiten des Neoliberalismus bedingen sich wechselseitig, verhindern eine schnelle Lösung der Krise und verschlechtern die Bedingungen solidarischer Politik. Die Linke muss deshalb den Kampf um den strukturellen Umbau des deutschen Wirtschaftsmodells aufnehmen.

Die EU hat sich zwar der Verbindung von hoher Wettbewerbsfähigkeit mit einem aktivierenden Sozialstaat verpflichtet, gleichzeitig

2 Dieter Klein: Krisenkapitalismus. Wohin es geht, wenn es so weitergeht. Reihe einundzwanzig der RLS, Bd. 1. Berlin 2008.

aber ihre Mitglieder einem Standortwettbewerb ausgesetzt, der die Bedingungen für eine aktive solidarische Sozialpolitik erschwert hat. Die neoliberale Wirtschaftspolitik hat die Voraussetzungen für einen starken Sozialstaat auf der Basis einer hohen Umverteilungsquote und eines leistungsfähigen öffentlichen Sektors (skandinavisches Modell) verschlechtert. Der Flexibilisierung und Marktaktivierung der Arbeitskraft wird gegenüber langfristiger Integration und Höherentwicklung Priorität gegeben. Die langfristige Orientierung auf Sozialpolitik als Faktor für sozialen Zusammenhalt und Inklusion sowie eine »Wissensgesellschaft« ist kurzfristigen Zielen unmittelbarer Kostensenkung und eines schnellen Abbaus der Arbeitslosigkeit (vor allem durch die massive Ausweitung eines deregulierten Niedriglohnsektors) gewichen. Leitbild wurde der Einzelne als »Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge«. Kollektives »Sozialkapital« wird weitgehend ignoriert. Prekarisierung expandiert. Privatisierung, ein scharfer Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt und der Niedriglohnsektor, der kaum oder keine Beiträge zum Sozialstaat leistet, haben die Fundamente des Sozialstaats in einer Reihe von Ländern, vor allem auch Deutschland, unterminiert und eine Dynamik zur Senkung der sozialen Standards erzeugt. Die Gewinner der marktgetriebenen Integration und marktliberalen Globalisierung sind zugleich die Nutznießer der sozialpolitischen Regulationsschwäche der EU und versuchen, diese in der Krise zu konservieren. Die gegenwärtige Europäische Union erweist sich so nicht als Instrument der Verteidigung des Sozialstaates und seiner Modernisierung bzw. seines Ausbaus unter den Bedingungen der Globalisierung, sondern als Vehikel seines Abbaus im Namen der Wettbewerbsfähigkeit. Dies trägt dazu bei, der Union die notwendige soziale und politische Unterstützung bei großen Teilen der mittleren und unteren Gruppen zu entziehen und einem nationalistischen Rechtspopulismus massiv Vorschub zu leisten.

Das deutsche Wirtschaftsmodell hat sich, beginnend im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, entwickelt mit einer primären Orientierung auf eine »diversifizierte Qualitätsproduktion« mit starker Exportorientierung insbesondere im Maschinenbau, der Elektrotechnik und Chemieindustrie. Grundlage dafür waren eine hohe Qualifikation der Arbeiter und Ingenieure, die enge Verflechtung von Bank- und Industriekapital mit einer Präferenz für langfristige Interessen und günstige Kredite auch für den Mittelstand, das System der dualen Berufsausbildung und der Fachhochschulen und langfristigen Qualifikation der Arbeitskräfte in den Betrieben, ein stabiles korporatives Tarifsysteem, das zur Konzentration

auf hochwertige Güter beitrug, die Löhne im privaten und Dienstleistungssektor an die der hochproduktiven Produktionssektoren koppelte, Formen der Mitbestimmung, die zur konsensualen Gestaltung der Arbeitsprozesse beitrugen sowie ein Sozialstaat, der auf den »männlichen Normalarbeiter« orientierte und diesen gegen wesentliche Risiken absicherte.

In den letzten dreißig Jahren ist dieses komplexe System immer weiter untergraben und neu zusammengesetzt worden. Der Herausforderung der Globalisierung wurde durch eine fragmentierte Politik begegnet, die den stärksten Interessengruppen auf Kosten der Gesamtgesellschaft und vor allem der schwächeren sozialen Gruppen entgegenkam. In den exportorientierten Zweigen wurde versucht, durch Outsourcing und »Lohnzurückhaltung« massiv die Kosten zu senken, wodurch besonders die mittelständische Industrie unter Druck geriet. Die langfristige Kooperation mit Banken und die Dominanz des konzerneigenen Managements wichen zunehmend der Shareholder-Orientierung. Während sich einerseits ein hochregulierter Kernbereich insbesondere im Exportsektor (»Exportmaschine«) und in den oberen Gruppen des öffentlichen Sektors herausbildete, dehnten sich andererseits fragmentierte, deregulierte, durch Niedriglohne geprägte Sektoren prekärer Arbeit immer mehr aus bis hin zu Leih- und Zeitarbeit sowie Zwangsarbeit im Ein-Euro-Bereich. Immer mehr Frauen streben eine gleichwertige Teilnahme am beruflichen Leben an, ohne dass dafür die notwendigen Bedingungen bereitgestellt werden. Abbau des öffentlichen Sektors und seine Vermarktlichung, Privatisierung von staatlichen Dienstleistungen und Verbetrieblichung der Tarifvereinbarungen haben diese Tendenzen vorangetrieben.

Insgesamt ist es in der Bundesrepublik bis in die Gegenwart gelungen, wirtschaftliche Dynamik durch die Modernisierung der Exportmaschine (Verschlinkung und starke Technisierung der verarbeitenden Industrie) und starke Arbeitskostenkonkurrenz zu sichern, aber um den Preis eines Umfelds binnenwirtschaftlicher Schwäche und der stark ausgeweiteten sozialen Ungleichheit, die für das alte Modell des »Rheinischen Kapitalismus« untypisch war. Der deutsche Kapitalismus verwandelte sich in den letzten Jahren *immer stärker in einen Protagonisten des Marktradikalismus*, dessen gleichsam neoimperialistische Exportpolitik die Ökonomie faktisch aufspaltete in einen international schlagkräftigen Sektor und einen zurückbleibenden Sektor, in einen *modernisierten* produktiven Kern und geschwächte oder demontierte andere Beschäftigungssegmente. Es ist zu einem »Modernisierungsrückstand« gekommen, da Deutschland beim Ausbau hochqua-

»So wie die Zerstörung von Chancen in Krisensituationen die Zerstörung der psychischen Abwehrmechanismen nach sich zieht, so hat sie hier – in Verbindung mit dem Zusammenbruch jeder kohärenten Zukunftsperspektive – eine Art generalisierte und dauerhafte Auflösung des Denkens und Verhaltens zur Folge.«

Pierre Bourdieu, 1997

- »Inwieweit besteht die Gefahr des Strukturkonservatismus, wenn Beschäftigungssicherung mit Arbeitsplatzsicherung gleichgesetzt und damit die exportlastige Wirtschaftsstruktur nicht in Frage gestellt wird?
- Welcher Typ von Belegschaft erringt am ehesten öffentliche Aufmerksamkeit, um auf staatliche Hilfe bzw. auf Kompromisse der Kapitalseite rechnen zu können? Inwieweit wirkt hier der Mythos »Exportland/Autoland Deutschland« nach?
- Wenn Beschäftigung in gefährdeten Unternehmen unter Krisenbedingungen gesichert werden muss, erfordert dies Zugeständnisse und/oder Bündnisse mit der Kapitalseite; lässt sich das mit transformatorischen Forderungen verbinden?»

Franziska Wiethold, 2009

»Wenn wir anerkennen, dass es genau die neoliberale Wende ist, die der mangelnden Begeisterung für die EU zugrundeliegt, dann wird klar, dass eine progressive Redefinition des Europäischen Projekts von einem progressiven Standpunkt aus zur Wiederherstellung seiner Legitimität beitragen kann. Wie ist dies möglich? Ein erster Schritt wäre es, offen seine Differenz zum angelsächsischen Kapitalismusmodell deutlich zu machen. Es müsste wieder mit der sozialdemokratischen Tradition in Verbindung gebracht werden, die seit dem Zweiten Weltkrieg den Kern europäischer Politik ausgemacht hatte. Aber zu vieles hat sich seitdem geändert, so dass man nicht einfach zur traditionellen Sozialdemokratie zurückgehen kann. Außerdem wurde der Erfolg des Neoliberalismus auch durch eine Reihe von Schwachstellen der Sozialdemokratie möglich. Dazu gehört zum Beispiel die bürokratische Umsetzung seiner Umverteilungsmaßnahmen, die genau jene entfremdet hatte, die von diesen Maßnahmen profitierten und dazu führte, dass sie bereit waren, positiv auf die neoliberale Rhetorik zu hören. Worauf es ankommt ist ein neues Projekt, das die positiven Aspekte der Sozialdemokratie wiedergewinnt und zugleich in verschiedenen wichtigen Gebieten viel weiter geht und die wirtschaftlichen Fragen mit den sozialen, ökologischen und politischen verbindet. Es ist klar, dass ein solches Projekt nicht ausschließlich auf der nationalen Ebene anvisiert werden kann, sondern nur auf der europäischen. Und hier liegt auch die reale Möglichkeit, dass die Europäische Union zum Fokus der Hoffnungen und Sehnsüchte ihrer Völker wird.«

Chantal Mouffe, 2009

lizierter Dienstleistungen (besonders im öffentlichen Bereich) und bei der Entwicklung sowie Nutzung eines Arbeitskräftepotentials, das der Konzentration auf eine diversifizierte Produktion hochqualitativer Güter entsprechen würde, zunehmend zurückbleibt (Bosch u. a. im Rahmen des sog. DYNAMO-Projekts 2005). Die Eingliederung der Wirtschaft der DDR in den gesamtdeutschen Kontext seit Anfang der 1990er Jahre mündete in einen Prozess der De-Industrialisierung und eine nach 1949 ungekannte Massenarbeitslosigkeit und Abwanderung. Die Umgestaltungen in Ostdeutschland wurden zum Experimentierfeld des gesamtdeutschen Sozialabbaus, des Sozialdumpings und der zwangsweisen Arbeits- und Armutsverwaltung.

Eine Alternative zur Politik der Gesellschaftsspaltung besteht *erstens* in einem *Umbau des Produktionsmodells* von einer auf der Senkung der Arbeitskosten und auf der extremen Intensivierung der Arbeit beruhenden Grundlage (die bereits gegenwärtig, erst Recht aber mittelfristig schon innerhalb Europas und international nicht bestandsfähig ist) zu einem auf der Ent-

wicklung des Arbeitsvermögens (Qualifikation) basierenden Modell (also Schwerpunktsetzung in der Lohn-, Rentenpolitik und Bildungspolitik und Durchsetzung eines hohen Mindestlohns); *zweitens* im massiven *Ausbau eines hochqualifizierten Dienstleistungssektors* (insbesondere der sozialen Dienstleistungen, Bildung, Kommunikation, Gesundheit, Erholung, Infrastruktur, Ökologie durchaus auch als wertschöpfungssichernde Dienstleistungen), um die Asymmetrie zwischen Industrie- und Dienstleistungssektor sukzessive zu verringern. (Das ist umstritten – wo liegt das Maß von Symmetrie? Deintensivierung von Arbeit führt im Gegenteil tendenziell zu einer Rückverlagerung von Arbeitsplätzen in die Industrie.) Drittens erfordert die Fokussierung auf die Entwicklung des Arbeitsvermögens und des Dienstleistungssektors die *Ausweitung der wirtschaftsstrategischen Rolle des öffentlichen Sektors, der öffentlichen Beschäftigung und der öffentlichen Investitionen*. **Mit einer solchen Orientierung würde die Krisenlösungspolitik verbunden mit einer zukunftsfähigen, komplexen strategischen Strukturpolitik.**

III. Bilanz des Krisengeschehens: Neue Probleme, aber keine schlüssigen Lösungswege

These 5: Innerhalb weniger Monate wurden durch die Eliten an der Macht unterschiedliche Weichen gestellt, die begonnen haben, ihre Wirkung zu entfalten, auch wenn kurzfristig eher gesellschaftliche Ruhe herrscht. Dazu gehören vor allem der zentrale internationale Stellenwert des Projekts »Green New Deal«, der Kampf um den Umbau der Wirtschaftsstrukturen, die drastische Zunahme der Verschuldung, eine Revitalisierung des Finanzmarkt-Kapitalismus, die Schaffung von »Rettungsfonds« weitgehend außerhalb demokratischer Kontrolle, die starke Verschiebung der globalen Gewichte durch die Politik der BRIC-Staaten sowie Tendenzen eines neuen Korporatismus von Unternehmen und Beschäftigten. Es ist davon auszugehen, dass die Potenziale der Krisenlösung vor allem in den Großunternehmen und in der Exekutive monopolisiert bleiben.

Im Verlauf der letzten Monate haben sich die Widerspruchskonstellationen bezüglich der Strategien zur Beherrschung der Krise und ihrer Folgen verändert. Sieben Aspekte seien hervorgehoben:

Erster Aspekt: Der wesentliche Unterschied zur Situation im Januar 2009 ist, dass jetzt

früher abstrakt erkannte Probleme beginnen, in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung tatsächlich beeinflussende Reproduktionsbedingungen umzuschlagen. Damit kommt es zu einer Verengung des Kreises der möglichen Entwicklungsrichtungen. Vor einigen Monaten noch vorhandene Varianten staatlichen, unternehmerischen und Bewegungshandelns existieren nicht mehr. Eigentlich hätte der Kern der Konjunkturpakete darin bestehen müssen, die unmittelbare Milderung der Krisenfolgen mit konsequenten Schritten eines den Herausforderungen des Klimawandels und anderer globaler Krisenprozesse entsprechenden Umbaus der Wirtschafts- und Konsumtionsweise zu verbinden. Diese Chance wurde verpasst. Der Aspekt der Konservierung der derzeitigen Wirtschafts- und Konsumtionsweise überwiegt gegenüber dem der Erneuerung beider. Die sich aus dem Klimawandel und anderen globalen Krisenprozessen ergebenden Anforderungen werden in einem relativ kurzen Zeitraum ein erneutes Umsteuern mit entsprechenden staatlichen Interventionen erzwingen, wodurch sich die Widersprüche innerhalb des herrschenden Blocks wie auch innerhalb der Gesellschaft überhaupt verschärfen dürften.

Eine Reihe von im weiteren Verlauf dargelegten Widersprüchen hängt mit dieser grundlegenden Weichenstellung zusammen. Offensichtlich wächst in einem Teil der Eliten die Unruhe ob dieser ungelösten Frage, vor allem des möglich erscheinenden Scheiterns des Kopenhagen-Gipfels. Vor diesem Hintergrund ist der Grüne New Deal derzeit das einzige öffentlichkeitswirksame Konzept (nur hierin unterscheidet es sich positiv von den Vorstellungen der Partei DIE LINKE), das eine *positive* Lösbarkeit der Krise unter kapitalistischen Rahmenbedingungen möglich erscheinen lässt. Es stellt konsequent auf die Begründung eines anderen Modells kapitalistischer Akkumulation ab. Kein anderes Konzept thematisiert in dieser Weise konsequent die Verflechtung der verschiedenen Krisenprozesse, auch wenn die Lösung ihrerseits widersprüchliche Prozesse auslösen wird. Es ist anschlussfähig an die in den Großunternehmen entwickelten Innovationskonzepte, die angesichts der fehlenden öffentlichen Intervention im Sinne eines sozialökologischen Umbaus den konkreten Inhalt dieses Deals bestimmen werden. So beträgt der »grüne Anteil« an den Ausgaben der Konjunkturpakete in Deutschland 15 Prozent, in China hingegen 22, in Südkorea sogar 77 Prozent. In der Auto-, Energie- und chemischen Industrie wird derzeit der wissenschaftliche und technologische Vorlauf geschaffen, der die Großunternehmen zu Gewinnern eines Grünen Kapitalismus werden lässt. Das unlängst bekannt gewordene Projekt von Solarthermiekraftwerken in der Wüste Sahara ist nur ein spektakuläres Beispiel. Fusionen und Aufkäufe kleinerer innovativer Pioniere wird diese Tendenz verstärken (vgl. IfG I).

Zweiter Aspekt: Der herrschende Block erkennt die Wirtschaftskrise zunehmend als Überakkumulationskrise in der »Realwirtschaft« und zieht die daraus resultierenden Konsequenzen. Vor wenigen Tagen sprach der Chef von Gesamtmetall Kannegießer davon, dass sich die Metallindustrie im Übergang von einer konjunkturellen zu einer strukturellen Krise befinde. Damit verschärfen sich Verteilungskämpfe im herrschenden Machtblock. War die Rettung des Bankensystems schon teilweise umstritten, bricht in der Frage der Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket für die Stützung von Industrieunternehmen die allerdings durchgängig von wahltaktischen Überlegungen überdeterminierte Positionskonkurrenz um strategische Politiken voll aus. Es geht es nicht nur um das Überleben konkreter Unternehmen, sondern um die Gestaltung künftiger Wirtschaftsstrukturen und um die regionale Verteilung von Produktionskapazitäten. Politische Interessen verflechten sich hier noch in weit komplexerer Weise mit wirtschaftlichen Interes-

sen, als dies im Falle der Reorganisation des Finanzmarktes der Fall war. Die Auseinandersetzung um die Opel-Rettung war hier die Spitze des Eisberges, in den Auseinandersetzungen zwischen Porsche und VW wird diese Verflechtung in nächster Zeit an Gewicht gewinnen. Auf diese Situation war die Politik nicht eingestellt. Auf der einen Seite sind die Mittel zur Gestaltung zukunftsfähiger Strukturen gegenüber den Mitteln zur Bewahrung der gegebenen Strukturen grotesk gering. Auf der anderen Seite gibt es keine Formen, in denen die damit verbundenen Konflikte lösungsorientiert ausgetragen werden können. Die fragwürdige Rolle der Ministerpräsidenten der betroffenen Länder in den Opel-Auseinandersetzungen ist dafür ein deutlicher Beleg. Die Frage, warum Opel gerettet wird, Arcandor aber nicht, ist völlig berechtigt. Ergebnis ist, dass die Überkapazitäten in der Autoindustrie (30–40 Prozent) nicht oder viel zu langsam abgebaut werden. Im Maschinenbau und in der chemischen Industrie, im Schiffbau und im Einzelhandel stehen die entscheidenden Umstrukturierungen und z.T. weitere Konzentrationsprozesse mit entsprechenden Konsequenzen für die betroffenen Regionen noch bevor. Absehbar ist allerdings ein äußerst schleppender und immer wieder von ideologischen Erwägungen gebrochener Prozess, der die Interessenwidersprüche weiter verschärfen wird. Mit dem ideologischen Totschlagargument von »ordnungspolitischen Sünden« wird versucht, den unbedingten Anspruch der Wirtschaftsspitzen auf die Ausgestaltung der Wege der Krisenlösung zu motivieren.

Dritter Aspekt: Die im Herbst 2008 konzipierten Stützungsmaßnahmen münden nun in reale, haushaltswirksame Staatsverschuldung. Die »abstrakte« Verschuldungspolitik Ende 2008/Anfang 2009 wird als reale Rahmenbedingung zunehmend greifbar. Die nächste Bundesregierung muss Mitte 2010 einen Haushalt vorlegen, der die Konsequenzen der verschleppten Krisenlösungen umsetzt. Die Diskussion um die künftige Steuerpolitik, insbesondere um die Frage der Mehrwertsteuer zeigt: *Es existiert im Moment kein Konzept für den Abbau dieser Staatsverschuldung.* Die Hoffnung, diese auf der Grundlage von Wachstum im bisherigen Sinne abbauen zu können, muss angesichts der weltweiten Krisenprozesse als unreal betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund und angesichts der ideologischen und wirtschaftspolitischen Selbstbindung der Eliten (etwa durch die Schuldenbremse und das Beharren auf den Maastricht-Kriterien) ist völlig unklar, wie entweder Einnahmen des Staates erhöht oder Ausgaben gesenkt werden können, ohne politische Stabilität zu gefährden. Die einzige Möglichkeit ist das Lavieren in einem Mix kurzfristig greifender Formen

»Die Bürgerinnen und Bürger ahnen, dass ihnen nach der nächsten Wahl erst eine außerordentliche Rechnung präsentiert werden wird. Sie ahnen, dass die Rettungspakete und Versprechen bezahlt werden müssen. Sie ahnen, dass die kommende Legislaturperiode geprägt sein wird von harten sozialen Verteilungskämpfen. Gelingt es, diese Fragen zu einem Thema im Wahlkampf zu machen, die Frage, wer die Zeche zahlt, wer die neuen Staatsschulden, dann werden sich entlang dieser Frage politische Konstellationen in Bewegung setzen. Damit verbunden ist, ob und wie es gelingt, die Feuerwehr-Einsätze des Staates zur Unternehmensrettung zu politisieren. Schon gewinnen die Anhänger des Marktes wieder Rückenwind, die Marktversagen als Marktversagen behandelt wissen wollen, ohne Rücksicht auf Arbeitsplätze. Umgekehrt kann die Rettung von Arbeitsplätzen auch nicht auf jeden Fall aus öffentlichen Mitteln erfolgen, erst recht nicht, wenn am Ende festgestellt werden muss, dass die Rettung von Arbeitsplätzen nur der Vorwand war, um für viele weitere Jahre den Geld-Fluss in Richtung alten und neuen Geld-adels sicherzustellen.«

Horst Kahrs, 2009

»Wir bewegen uns in eine weltgeschichtliche Situation hinein, in der alle Weichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens neu gestellt werden. Für meine Generation wird es nach den Jahren 1967 bis 1973 der zweite Epochenumbbruch sein. Alle wichtigen Fakten und Indikatoren der letzten Wochen weisen darauf hin, dass eine Weltwirtschaftskrise begonnen hat, die schon jetzt das Ausmaß der Krise von 1973 und der Zwischenkrisen von 1982 und 1987 überschreitet und sich an die Dimensionen der Weltwirtschaftskrise und der anschließenden Depression von 1929 bis 1940 annähert.«

Karl-Heinz Roth, 2009

»Unsere Aufmerksamkeit mag derzeit auf die kollabierenden Finanzmärkte gerichtet sein. Doch der Aufruhr, den wir erleben, ist mehr als eine Finanzkrise, egal, wie groß sie auch sein mag. Was gerade geschieht, ist eine historische geopolitische Wende... Man erkennt das schon allein daran, wie die Macht der USA in ihrem eigenen Hinterhof untergraben wird... Auf globaler Ebene wird Amerikas Schwäche noch deutlicher. Mit der Verstaatlichung zentraler Teile ihres Finanzwesens haben die Vereinigten Staaten ihr Credo der freien Märkte selbst zerstört. Eine ganze Regierungsform mitsamt ihrer Ökonomie ist kollabiert. Die Folgen werden so weitreichend sein wie beim Untergang der Sowjetunion.«

John Gray, 2008

des Krisenmanagements, um grundsätzliches Umsteuern in welche Richtung auch immer zu vermeiden. Die Politik steckt in einem Dilemma: Seitens der Wirtschaft (so etwa durch den BDI Mitte Juni) wird der Druck verstärkt, Steuern, Sozialabgaben und Löhne im Interesse der Liquiditätssicherung und Innovationsfähigkeit abzusenken. Am 27.6.09 forderte Gesamtmetall-Chef Kannegießer einen Wechsel im Paradigma der Lohnpolitik in diesem Sinne. Sinkende Steuern und Sozialabgaben durch die Unternehmen oder/und sinkende Löhne in Kombination mit bereits hoher Staatsverschuldung werden jedoch nicht die Probleme lösen können, ohne deutliche soziale Spannungen zu riskieren. Außerdem werden jene Ursachen, die zur jetzigen Krise geführt haben, erneut verstärkt. Damit wird die Staatsschuld wiederum ein Faktor für die Verlängerung der Krise, da sie zu einem Instrument der Konservierung bestehender wirtschaftlicher Strukturen wird. Nicht nur die Schuldenbremse und die restriktive EU-Politik, auch das gerade vom Bundeskabinett beschlossene Gesetz zur Vereinfachung der Umsetzung der Öffentlich-Privaten Partnerschaften werden in diese Richtung wirken. Die wachsende Staatsschuld ist so im Kern auch gegen den Gedanken eines Grünen New Deal gerichtet und kann sich als Instrument zur dauerhaften Restabilisierung der Macht des neoliberalen Blocks erweisen. Da es sich um eine globale Krise handelt, wird die Entwicklung in Deutschland angesichts dieser Unentscheidungen und der unveränderten Exportorientierung in hohem Maße abhängig von den Entwicklungen z. B. in den USA und in China bzw. von der Entwicklung des Verhältnisses zwischen beiden. Vor allem das ungelöste Problem der Staatsverschuldung in den USA könnte sich als wichtiger Faktor für die Konjunkturentwicklung in Deutschland erweisen, wenn die USA den Weg der Lösung der Verschuldungsfrage durch Inflation beschreiten.

Vierter Aspekt: Die Aktivitäten zur Rettung des Finanzmarktes haben die dort agierenden Unternehmen in die Lage versetzt, die krisenauslösenden Praktiken (vor allem Verbriefungen) fortzusetzen. Veränderungen der Regulierung kommen nur langsam voran und sind nicht weitgehend genug. Mit großem Selbstbewusstsein wird eine Aufweichung von Bilanzierungsregeln gefordert, die eine zeitnahe Abbildung von Preisschwankungen insbesondere derartiger »innovativer Finanzmarktprodukte« erzwingen würden. Der deutsche Derivate-Markt bewegt sich derzeit trotz des Zusammenbruchs auf dem Niveau von 2005. Da keine Lösung des Problems der Überakkumulation gefunden wird, besteht dafür auch ein aus der Sicht der Finanzoligarchie berechtigter Grund – Investitionen außerhalb des Finanzsek-

tors bleiben in einer solchen Situation riskant, und Verbriefungen scheinen mehr Sicherheit zu bieten; dem würden aber wiederum verschärfte Bilanzierungsvorschriften entgegenstehen. Auch befindet sich offenbar als Frucht jahrelanger Umverteilung immer noch soviel Geld im System (sprich in den Händen von Reichen und institutionellen Anlegern), dass die (verbliebenen) Finanzinstitutionen mit ihren geschönten Bilanzen von Investoren frisches Kapital akquirieren können. Vor allem Banken, die staatliche Hilfen erhalten (z. B. die Commerzbank), konnten sich so durch Anleihen und auf anderen Wegen günstig refinanzieren. In den USA kaufen sich die ersten Banken durch Rückzahlung der Beihilfen von staatlicher Aufsicht frei – obwohl von einer Lösung der Bankenkrise noch keine Rede sein kann. Die Gewinne (auch deutscher Banken) kommen vor allem aus dem Investmentgeschäft, und es wird ein wachsendes Geschäft mit Unternehmensübernahmen erwartet. Die Kursbewegungen an den Börsen lassen auf ein Wiederaufleben spekulativer Geschäfte schließen.

Dies steht tendenziell im Widerspruch zu den Interessen der übrigen Wirtschaft und hält die Anforderungen an den zu erwirtschaftenden Profit allgemein höher, als dies der Situation angemessen sein dürfte, auch wenn im Durchschnitt die Dividenden der Banken unter Druck stehen (mehr als die etwa der Öl- und Rohstoffunternehmen). Die unsichere Lage in der »Realwirtschaft« veranlasst die Banken zur Suche nach neuen Geschäftsfeldern. Besonders problematisch ist u. a. der massenhafte Aufkauf von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen in den Ländern des Globalen Südens, wodurch dort die Krisenmomente (vor allem die Ernährungs- und Energiekrise) befördert werden. Auch außerhalb des Bankensektors bleibt die Situation unklar. So soll jeder achte Lebensversicherer in Deutschland einen »hohen Anteil an Risikopapieren« in seinen Kapitalanlagen haben. Vor diesem Hintergrund ist jede Behauptung einer Stabilisierung des Finanzsektors fragwürdig.

Fünfter Aspekt: Die im Rahmen der Konjunkturpakete geschaffenen exekutiven Organe, vor allem SoFFin (die nun auch für die Einrichtung der Bad Banks zuständig ist), sind konsolidiert und weiterhin außerhalb jeder öffentlichen oder auch nur wirksamen parlamentarischen Kontrolle. Entsprechendes gilt für die KfW, die mit der Abwicklung der Stützungsmaßnahmen betraut ist. Dieser Trend wird durch die Art und Weise der Vergabe der Mittel auf der Ebene der Kommunen noch verstärkt. Nicht das Parlament, die Exekutive macht Krisenpolitik – überall auf der Welt. Die fehlende strategische Orientierung führt dazu, dass über diese Organe weder eine geordnete Entwertung überschüssigen Kapitals, noch eine gezielte Förderung

von Innovationen betrieben wird. Die Art des Verfahrens löst die Konjunkturpolitik in eine Kette von nur locker verbundenen Einzelentscheidungen auf, die zudem schleppend getroffen werden. In den Fällen Opel, Schaeffele, Quelle, Porsche u. a. werden diese Verfahren zudem in nicht deutlich fassbarer Form unter dem Druck von Einzelinteressen überlagert. Es ist derzeit keine Möglichkeit absehbar, das zu ändern. Positive Wirkungen auf die Veränderung der Wirtschaftsstrukturen gehen davon nicht aus. Es ist kein Akteur sichtbar, der die notwendigen Verbindungsglieder herstellen könnte. Die Mittel aus den Konjunkturpaketen werden vor allem dafür eingesetzt, die durch die Privatisierungs- und Konsolidierungspolitik entstandenen Defizite in der Infrastruktur nachholend auszugleichen und nicht dazu, durch Verstetigung der Ausgaben einen Strukturwandel herbei zu führen (etwa wenn Schulgebäude saniert werden, aber keine neuen Lehrer eingestellt werden; oder wenn strukturkonservativ der Automobilsektor gestützt wird, ohne die bisherigen Geschäftsmodelle in Richtung sozial-ökologischer Produktion und alternativer Mobilitätsmodelle zu verändern).

Das System der öffentlichen Banken wirkt in dieser Hinsicht keineswegs stabilisierend. Vielmehr wird die Krise mehrerer Landesbanken zum Ausgangspunkt weiterer Einschränkungen der Rolle dieses Sektors werden. Das Beispiel der HSH Nordbank machte zuletzt deutlich, wie weit sich diese Institute von ihrem ursprünglichen Zweck entfernt haben und wie wenig ihr Handeln öffentlich kontrollierbar ist. Diese Art des Handelns der Exekutive und die Erosion des öffentlichen Bankensektors bedeuten im Kern die Stärkung der Positionen der Großunternehmen in der erforderlichen Umbauphase gegenüber den Interessen der Öffentlichkeit. Endlich wird die Mobilisierung öffentlicher Mittel nicht von einem Aufbau öffentlicher oder gar gesellschaftlicher Planung begleitet – eine in früheren Krisensituationen gängige strategische Reaktion.

Sechster Aspekt: Weder haben sich die BRIC-Staaten als wirksames Gegengewicht gegen die Politik der alten Metropolen etablieren können, noch haben die internationalen Organisationen (UNO, IWF, EU...) bisher wirksam die krisenauslösenden Faktoren bearbeitet. Selbst die Finanzmarktaufsicht kommt nur schleppend in neue Bahnen. Die Diskussionen auf der Ecofin-Tagung und auf dem EU-Gipfel im Juni 2009 können nur als Ausweichen vor tragfähigen Entscheidungen gewertet werden. Die lang erwartete UNO-Tagung zur Wirtschaftskrise Ende Juni 09 hat zwar keine greifbaren Durchbrüche gebracht, soll aber nach Einschätzung von beobachtenden NGO minimale Voraussetzungen für Fortschritte zur Erleichterung der Lage im

Globalen Süden geschaffen haben. Alle Akteure sind noch in der Phase der Bestimmung ihrer Strategie.

Insoweit etwa die Politik Brasiliens und Chinas als Stärkung der eigenen Binnenmärkte zu verstehen ist, steht diese Politik konträr zu den Erwartungen der alten Industrieländer, über ein Anspringen der Exporte in diese Regionen wieder aus der Krise zu kommen. Genau darauf stellt aber die Politik der etablierten Parteien in Deutschland derzeit ab. Diesen strukturellen Verschiebungen werden im nationalen Krisenmanagement nicht zuletzt der Bundesrepublik kaum Beachtung geschenkt.

Die so entstehenden Ansätze einer neuen internationalen Arbeitsteilung sind in ihrem Charakter und in ihren Folgen aber noch nicht abzusehen. Die aggressive Politik Chinas im Rohstoffsektor (sowohl hinsichtlich des Aufkaufs von Rohstoffen wie auch des Einstiegs in Unternehmen dieses Sektors) deutet darauf hin, dass das Land die Krise zu einer Stärkung der eigenen Position zu nutzen entschlossen ist. Als gleichzeitig größter Gläubiger der USA dürfte China damit eine enorme internationale Handlungsfähigkeit erlangen, gleichzeitig aber das permanent konfliktäre Verhältnis zu den USA verstetigen. Die Gespräche und Vorstellungen zu einer Ablösung des Dollar als Weltreservewährung sind demgegenüber in einem Stadium, in dem keine sicheren Voraussagen über die Tragfähigkeit dieser Ideen möglich sind. China und Russland haben jüngst wieder nachdrücklich in dieser Richtung Forderungen erhoben. Derzeit möglich erscheinen vor allem eine Stärkung des IWF und die Aufwertung der Sonderziehungsrechte (SZR) in den internationalen ökonomischen Beziehungen im Sinne einer Weltleitwährung. Das es zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse in der internationalen Arbeitsteilung kommen wird, ist klar. Die Richtung und die Tiefe dieser Verschiebung sind aber offen. Allerdings wird ein »antineoliberaler Block« mit voranschreitender Zeit eher unwahrscheinlich. Derzeit scheinen die Interessen der BRIC-Staaten dafür zu weit auseinander zu liegen.

Siebenter Aspekt: Unter den Lohnabhängigen beginnt die abstrakte gemeinsame Betroffenheit (WIR zahlen nicht für EURE Krise) in konkrete unterschiedliche Betroffenheiten von den Folgen der Krise umzuschlagen. In Deutschland sind nur wenige gemeinsame Aktionen von Lohnabhängigen verschiedenen Charakters sichtbar. Eine gemeinsame Betroffenheit wird immer weniger erlebbar, demgegenüber gewinnt die Tendenz eines »neuen Korporatismus« an Gewicht. Dieser ist aber, wie das Beispiel Schaeffler zeigt, brüchig. Offen ist, welche Wirkungen die nun von Anwälten, IG Metall und Betriebsrat ausgearbeitete Form der

»Der Staat wird ... notwendig zum Eingreifen gebracht, um zu kontrollieren, ob die durch seine Vermittlung zustande gekommenen Investitionen gut verwaltet werden... Doch die bloße Kontrolle genügt nicht. Es geht in der Tat nicht nur darum, den Produktionsapparat so zu bewahren, wie er in einem gegebenen Moment beschaffen ist; es geht darum, ihn zu reorganisieren, um ihn parallel zum Wachstum ... der Gemeinschaftsbedürfnisse zu entwickeln.«

Antonio Gramsci

»Die Geldeliten, die Eigentümer des großen Geldes, realisieren heute mit Hilfe der neuen Informationstechnologien eine alte Regel – »Money is what money does« – auf eine für viele immer noch schwer vorstellbare Weise, weltumspannend bis hin zur Möglichkeit eines financial fascism. Umgekehrt ist die kapitalistische Wissens- und Informationsgesellschaft nicht denkbar ohne dieses neue Gravitationszentrum der Geldmacht, den »Geldmachtkomplex« (GMK). In dessen dunkelster Mitte finden wir eine historisch gewachsene, vernetzte ultra-reiche Klientel. Sie ist umgeben von Konzern- und Finanzeliten, die im Dienst und auf Rechnung dieser Klientel ständig neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation erkunden und erfinden – nicht ohne dabei auch kräftig und in ständiger Konkurrenz untereinander an sich selbst zu denken. Ihnen wiederum zur Seite stehen politische Eliten bzw. »politische Direktorate« bzw. Oligarchien, die gerade in der heutigen Situation mit neuen Umverteilungsmodellen experimentieren, die den gesellschaftlichen Reichtum weiterhin möglichst geräuschlos von unten nach oben transportieren, also ohne den sozialen Konsens allzu sehr zu gefährden. Das alles geht schließlich nicht ohne ein Millionenheer untergeordneter Technokraten und Experten (versiert in analytischen, symbolischen und affektiven Spielarten des Wissens).

Hans-Jürgen Krysmanski, 2009

«Die positive Interpretation [der Wahl Obamas zum Präsidenten der USA] ist, dass eines der Probleme der Regierung Bush und der Neokonservativen war, dass sie dem Niedergang widerstehen wollten und die Lage schlimmer und chaotischer gemacht haben. Viele Leute sind gestorben und das Ansehen der USA in der Welt hat sich verschlechtert. Deshalb brauchen wir jemanden, der den Niedergang steuern kann. Wenn Obama den Niedergang umzukehren versucht, wird er wahrscheinlich nicht erfolgreich sein, denn die US Hegemonie ist in ihrer »finalen Krise«. Aber er kann das politische Paradigma ändern. Ein Faktor, der Chaos produziert, ist dass die derzeitige Hegemonialmacht ihre militärische Macht nutzt, um den Niedergang zu verhindern. Der Niedergang könnte intelligent gelenkt werden. Und das ist das Beste, was Obama zurzeit machen kann.»

Giovanni Arrighi, 2009

»Für jene, die sich jetzt Keynes zuwenden für »Antworten« auf die jetzige Krise... sollte es ernüchternd sein, wenn man sie daran erinnert, dass der Keynesianismus die Antwort auf ein Empire in Krise war. Aber diese Mission ist beendet. Und außerdem berührt der Keynesianismus nur einige eher oberflächliche Aspekte einer Krise, die viel tiefer im kapitalistischen System verwurzelt ist als gemeinhin angenommen.«

Yash Tandon, 2009

MitarbeiterInnenbeteiligung bei Opel für andere angeschlagene Unternehmen haben wird.

Generell steht mit dem Auslaufen des Kurzarbeitergeldbezuges angesichts der derzeit absehbaren Konjunkturtrends eine neue Welle von Arbeitslosigkeit in verschiedensten Bereichen und Regionen bevor, die über längere Zeit nicht von derartig krassen Veränderungen betroffen waren. Darauf ist weder die Struktur der Bundesagentur vorbereitet, noch entsprechen die sozialen Beratungs- und Hilfsangebote künftigen Anforderungen. Die starke Betonung der Bewahrung von bestehenden Arbeitsplätzen durch die Gewerkschaften etwa in den Konzepten der IG Metall und von ver.di – aus ihrem

Blickwinkel berechtigt – muss nun in eine Offensive zur Schaffung anderer Arbeitsplätze gewendet werden. Die Initiative »Gute Arbeit« bietet dafür Ansatzpunkte. Mit der gemeinsamen Erklärung der IG Metall und der IG BCE zu einer aktiveren Industriepolitik wird, wenn auch mit Vorsicht, eine solche Wende eingefordert. Die offene Frage ist, ob die GewerkschafterInnen bzw. die Beschäftigten diesem Schwenk folgen können bzw. wollen. Offen ist auch, inwieweit dieser Wechsel Bündnismöglichkeiten für andere Lohnabhängige, vor allem Erwerbslose, anbietet. Die Dynamik gesellschaftlicher Auseinandersetzungen bei Verschärfung der sozialen Folgen der Krise ist schwer absehbar.

IV. Herausforderungen für eine radikale Realpolitik der linken Kräfte

These 6: Die Linke muss sich auf einen längeren Prozess des Aufbaus einer eigenen strategischen Handlungsfähigkeit einstellen.

Auch der schlechteste Zustand bleibt erhalten, solange keine machtpolitisch durchsetzungsfähige Alternative vorhanden ist. Eine solche kann aber nur entstehen, wenn wesentliche Kräfte in der Gesellschaft (auch aus dem herrschenden Block) in einer grundlegenden Transformation höhere Chancen sehen als in der Fortsetzung neoliberaler Politik. Dazu bedarf es vieler Kämpfe, konkreter Experimente, des sozialen Lernens und neuer Interpretationen vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen. Die Bereitschaft zum Aussitzen von Problemen, zur »Untertunnelung« von zugespitzten Situationen, der Mitnahme kurzfristiger Gewinne bei Inkaufnahme desaströser langfristiger Folgen war geschichtlich immer groß und konnte nur durch die Schaffung von attraktiven Chancen und der (auch moralischen) Delegitimation der Fortsetzung bisheriger Politik und ihrer Verteidigung mit den Mitteln der Gewalt aufgebrochen werden.

Wenn es richtig ist, dass wir uns in der embryonalen Phase eines Formationswechsels befinden, der den neoliberalen Kapitalismus überwinden könnte, gibt es nach den bisherigen Erfahrungen ein Zeitfenster von mindestens zehn bis fünfzehn Jahren, bevor ggf. eine relativ stabile neue Entwicklungsweise entstanden ist. In dieser Zeit ist der Kampf um Hegemonie offen. Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen der Herrschenden, Bündnisse dieser Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Gruppen der Mitte und des Unten der Gesellschaft bzw. zwischen Herrschenden

und subalternen sowie ausgegrenzten Gruppen werden die Situation prägen. Von dem Resultat dieser Kämpfe wird die Weichenstellung abhängen. Es sind Kampffelder mit hoher innerer Widersprüchlichkeit. Viele Prozesse haben molekularen Charakter und es wird teilweise erst nach Jahren deutlich, welche Bedeutung sie haben. Politisch-strategisches Denken muss nicht nur kurzfristige Krisenlösungspolitiken und langfristige Ziele oder Visionen bearbeiten, sondern auch die Zwischenzeit transformativer Auseinandersetzungen.

Gleichzeitig gibt es nur ein sehr kleines Zeitfenster, wichtigste Zivilisationsprobleme zu lösen. Schon jetzt ist ein Drittel der Menschheit akut von Hunger, Unterernährung, Mangel an frischem Wasser, fehlendem Zugang zu elementarer Gesundheitsversorgung und Bildung bedroht. 11 Mio. Kinder sterben jährlich, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen. Wirtschaftliche Krisen verstärken die Gefahr von Bürgerkriegen. Da nicht erkennbar ist, dass es in den nächsten zehn oder fünfzehn Jahren gelingen wird, eine radikale ökologische Wende einzuleiten, ist eine Klimakatastrophe im Gefolge einer Erderwärmung von über 2°C sehr wahrscheinlich.

Die Linke wird auf längere Zeit mit dem Widerspruch zwischen höchster Dringlichkeit der Probleme und zugleich Langfristigkeit von Prozessen konfrontiert, mit Dramatik und zugleich stabiler Normalität. Sie ist in einer Situation, wo es dem herrschenden Block durchaus gelingen kann, auch mittelfristig einen modifizierten Neoliberalismus zu stabilisieren und mit sozialkonservativen Elementen zu stärken, während sich partiell neue Strategien herausbilden, deren Zukunft völlig unklar ist. Die gesellschaftliche

Linke in ihrer Breite muss diese Widersprüche aushalten und sich gleichzeitig befähigen, auch kurzfristig Chancen zu ergreifen. Ein lebendiges Bewusstsein dieser Widersprüche, eine klare strategische Zielsetzung, Hartnäckigkeit, taktische Flexibilität und auch Geduld sind in solchen Übergangsprozessen wesentlich.

These 7: Die Linke in Deutschland ist gegenwärtig kein hegemoniefähiger Akteur. Die Ursachen dafür liegen vor allem im Fehlen eines gemeinsamen zugleich transformativen und realpolitischen Projekts und in der Schwäche realer Kooperations- und Handlungsfähigkeit. Die Folge ist die Dominanz der von oben aufgemachten Alternativen (neuer Marktradikalismus vs. Green New Deal).

Zumindest in Europa und Nordamerika ist die organisierte Linke durch die neoliberale Politik und den Finanzmarkt-Kapitalismus sowie den Zusammenbruch des Staatssozialismus deutlich geschwächt worden. Es ist ihr bisher unzureichend gelungen, sich unter den neuen Bedingungen zu restrukturieren. Ansätze einer neuen Offensive, wie sie seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachten waren, sind im Moment der Krise einer weitgehend defensiven Politik gewichen. Worin liegen die Ursachen dafür?

Erstens sind ökonomische Krisen im Kapitalismus immer Zeiten der *Konkurrenz* und *Angst*. Die Vertretung konkreter Interessen, wie die der Beschäftigungssicherung, unterliegt mehr denn je der Gefahr, partikular und strukturkonservativ zu wirken. Sie scheint auf Kosten der Allgemeinheit statt zu finden, wenn es keine Chancen gibt, sie in allgemeinere und solidarische Strukturveränderungen einzubinden, mit denen große Teile der Bevölkerung positive Erwartungen verbinden können. Die fragmentierte und isolierte Verteidigung der eigenen sozialen Rechte ist zwangsläufig strukturkonservierend und führt zur Entsolidarisierung gegenüber anderen. Sie erscheint als Lobbyismus einzelner Belegschaften oder Leistungsempfänger und bringt gerade die unteren Gruppen (die die ersten Verlierer sind – allein 250.000 Leiharbeiter verloren ihre Jobs – und nur geringe eigene Optionen haben) und die mittleren sozialen Gruppen (mit höherem Mobilisierungspotential und größeren Handlungsmöglichkeiten, in Gegensatz zueinander.

Eine solche Politik spaltet zwischen den verschiedenen Gewerkschaften, zwischen den Belegschaften von »Schlüsselbetrieben« und den Beschäftigten anderer Betriebe, zwischen Kernbelegschaften und ZeitarbeiterInnen, zwischen den Beschäftigten in den exportorientierten und denen in anderen Sektoren, zwischen Industrie, Dienstleistungen und Landwirtschaft, zwischen männer- und frauendomi-

nierten Wirtschaftszweigen, zwischen den Beschäftigten allgemein und den Arbeitslosen und Unterbeschäftigten. Die unter diesen Bedingungen unvermeidliche starke Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte auf Verteidigung und Bestandssicherung von Großunternehmen, ohne die sie ihre eigene Kernmitgliedschaft nicht mobilisieren könnte, gerät in Widerspruch zu den sozialen Bewegungen, die insbesondere von den kulturellen und sozialen Mittelschichten getragen werden und auf eine Stärkung des Öffentlichen, der öffentlichen Sektoren und einer Politik des gesellschaftlichen ökologischen und sozialen Umbaus zielen und die damit oftmals den gewerkschaftlichen Forderungen fremd gegenüberstehen.

Hegemoniefähigkeit ist aber nur möglich, wenn die konkret vertretenen Interessen zugleich legitim den Anspruch erheben können, auch allgemeine Interessen darzustellen. Dies aber ist nicht an sich gegeben, sondern muss durch Transformation der Interessen und Kämpfe im Rahmen eines umfassenden Projekts erst hergestellt werden. Arbeitsplätze, die nicht ökologisch sind, und ein ökologischer Umbau auf Kosten der Lohnabhängigen, auskömmliche Renten, die im Widerspruch zu Investitionen in Bildung zu geraten scheinen und nicht erkennbar das Leben der jetzt arbeitenden Generationen verbessern, sind nur zwei Beispiele für Konflikte, die die Betroffenen schnell der noch bestehenden Dominanz des Neoliberalismus ausliefern.

Nur die realpolitische Eröffnung der Perspektive einer umfassenderen sozialökologischen und partizipativ-demokratischen Transformation (Gegen-Hegemonie) kann die strukturkonservative, defensive Interessenwahrnehmung bedrohter Gruppen in eine strukturverändernde, progressive und offensive Interessenartikulation umwandeln, die solidarisch und integrierend ist. Eine solche »Idee, deren Zeit gekommen ist«, fehlt aber. Sie fehlt weniger im Sinne einer Vielfalt politischer Forderungen linker Kräfte denn als machtpolitische Alternative. *Macht aber ist das Medium, durch das im Bereich der Politik alle, auch die besten Ideen, Vorschläge und Reformalternativen hindurch müssen, um Bedeutung zu erlangen.* Erst wenn es gelingt, ein transformatorisches Bündnis aufzubauen, wird die Brücke von der Verteidigung berechtigter Interessen hin zu einer solidarischen Bearbeitung der Probleme und einer gerechteren Gesellschaft geschlagen. Nur dies wird dauerhaft rechten Kräften den Boden entziehen. Die Tatsache, dass das von den Gewerkschaften und der Partei DIE LINKE gleichermaßen geforderte Programm umfangreicher Strukturinvestitionen bisher keine realpolitische Alternative darstellt, zeigt, wie schwach derartige Optionen aktuell sind.

»Zum einen sind es nicht nur Akteure, sondern die dominanten und als plausibel wahrgenommenen gesellschaftspolitischen Orientierungen und Akteurskonstellationen, welche die Handlungsräume und Optionen einzelner Akteure bestimmen. Deutlich wird das am strukturellen Konservatismus und Keynesianismus der Gewerkschaften und der Linkspartei, die offenbar nicht in der Lage und nicht Willens sind, Alternativen jenseits von kapitalistischen Märkten und kapitalistischem Staat zu entwickeln. Die Kräfte wie die Grünen und viele Umweltverbände, die nun einen sozial-ökologischen Umbau in Richtung »grünem New Deal« vorantreiben wollen, bleiben im Paradigma einer ökologischen Modernisierung. Über technologische und institutionelle Innovationen soll die sozial-ökologische Krise bearbeitet werden. Dies geht de facto einher mit der Aufrechterhaltung der imperialen Lebensweise. »Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass«, das ist die implizite Losung. Das hat große Implikationen für emanzipatorische Projekte, denn die dominanten linken Kräftekonstellationen und Orientierungen sind schon problematisch.«

Ulrich Brand, 2009

Die sozial-ökologische Konversion »muss den Arbeitsplatz-, Einkommens- und Arbeitsinteressen der Beschäftigten, den Mobilitätsansprüchen einer flexiblen Gesellschaft sowie den Nachhaltigkeitskriterien ... zugleich gerecht werden, ohne sich in Zielkonflikten zu verfangen. Dabei muss der Rückbau von Überkapazitäten politisch gesteuert und mit einer ökologischen Erneuerung von Produkten und Produktionsverfahren und der Sicherung von sozial regulierter Beschäftigung verbunden werden.«

Hans-Jürgen Urban, 2009

In ihren politischen Forderungen nach kurzfristig wirkenden Maßnahmen zur Abwehr der Krisenfolgen ähneln sich die Einzelgewerkschaften. Akzentuierungen folgen den spezifischen Problemen der von ihnen vertretenen Branchen. So konzentriert sich die IG Metall auf den Kampf gegen Entlassungen in der von der Krise besonders betroffenen Metallbranche (Automobilindustrie, Maschinenbau) und fordert Konjunkturlösungen. Für ver.di stehen die Forderung nach der materiellen Absicherung prekär Beschäftigter durch den gesetzlichen Mindestlohn sowie die Frage im Mittelpunkt, wer die Kosten der Krise trägt. Die IG BCE konzentriert sich auf die Abwendung von Kündigungen, setzt sich für leichtere Übergänge älterer Beschäftigter in die Rente ein und fordert von der Politik, die für die Chemiebranche wichtige Versorgung mit preisgünstiger Energie zu garantieren.

Matthias Hinze, 2009

Zweitens wird die Fragmentierung der Interessenartikulation bedrohter Gruppen gegenwärtig durch eine Fragmentierung der politischen Linken verdoppelt. Es gibt keine stabilen Bündnisstrukturen zwischen der gewerkschaftlichen und sozialen Linken mit den Linken in Parteien und auch keine zwischen den Parteien. Die vielfältigen linken Forderungen und Projekte, so berechtigt sie im Einzelnen sein mögen und oft auch Positionen darstellen, die in der Bevölkerung mehrheitsfähig sind, bleiben deshalb ohne machtpolitische Bedeutung. Sie werden als Ablehnung der gegenwärtigen Politik gesehen und in dieser Hinsicht oft geteilt, aber nicht als Chance eines wirklichen Wandels begriffen, da hinter ihnen keine veränderungsfähige politische Macht steht. Einerseits gibt es ein deutliches Bemühen um Kooperation zwischen Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken parteipolitischen Kräften, und zugleich ist die Durchsetzungsfähigkeit solidarischer Strategien sehr begrenzt. Das deutliche Auseinanderlaufen von politischer Dynamik in der Linken (am deutlichsten angezeigt durch den jahrelangen Aufwuchs der Linkspartei) und relativ zurückbleibender sozialer Dynamik konnte noch nicht geschlossen werden. So droht nicht nur die Gefahr, dass die politische Linke geschwächt wird. Es wächst auch langfristig die Gefahr der weiteren Fragmentierung der verschiedenen linken Kräfte. Die notwendigen Spannungslinien würden damit zu Bruchlinien nicht nur zwischen den einzelnen Segmenten der gesellschaftlichen und politischen Linken, sondern auch in ihnen selbst.³

Das Fehlen eines breit getragenen linken Transformationsprojekts und eines sozialen, politischen und kulturellen Bündnisses von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und linken Parteien hat dazu geführt, dass die Krise zur Stunde der Herrschenden und ihrer Exekutiven in Wirtschaft und Politik wurde. Bei den

Anti-Hartz-IV-Protesten 2004 und der Bundestagswahl 2005 dominierte noch der Konflikt »Regierte« vs. »Regierende«, »Wir sind das Volk!« vs. »Die da oben!«. Mit der Formation von Linkspartei.PDS/WASG war ein politischer Ausdruck für den Protest größerer Teile der Lohnabhängigen gegen die Agenda 2010 gefunden worden. Im Parteiensystem repräsentierten die Linkspartei.PDS/WASG einerseits und die FDP andererseits die richtungsbestimmenden Alternativen.

2009 dagegen sind es eher Konflikte verschiedener Fraktionen des herrschenden Blocks, parteipolitisch verkörpert einerseits von der FDP (und in der Regierung von Karl-Theodor zu Guttenberg), andererseits von den Grünen. Es sind die Projekte einer schnellen Rückkehr und sogar Verschärfung marktradikaler neoliberaler Politik (man könnte dabei auch von einem marktradikalen Staatsinterventionismus sprechen) bzw. eines libertären, aber staatsgetriebenen aktiven Strukturumbaus von Wirtschaft, Sozialpolitik und internationaler Regulation im Rahmen eines Green New Deal. Beide Ansätze scheinen auf gegensätzliche Weise Allgemeininteressen zu verkörpern. Die geschwächten »Volksparteien« CDU und SPD stehen *innerhalb* des durch FDP und Grüne strukturierten Feldes für dessen soziale Abstützung und für gesellschaftliche Stabilität und Sicherheit, die von der Bevölkerung hoch geschätzt werden.⁴ Der Protest von unten wird verkörpert durch die Partei DIE LINKE, doch wird dieser Protest gegenwärtig nicht als *durchsetzbare Richtungs-option* wahrgenommen und hat damit nur einen eingeschränkten Gebrauchswert. Während also 2004/5 für einen Moment die Widersprüche zwischen Herrschenden und Beherrschten dominant wurden, sind es jetzt wieder die Widersprüche zwischen Gruppen der Herrschenden, die das Allgemeininteresse in der Krise erneut zu usurpieren vermochten.

3 Bezogen auf die Partei DIE LINKE schlägt sich dies bei Meinungsumfragen nieder: 74 % der Befragten attestieren ihr, dass sie stärker als alle anderen Parteien die Dinge beim Namen nennt, und 45 % betonen ihren besonderen Einsatz für sozial Schwache. 74 % können aber bei ihr kein Konzept zur Bewältigung der Krise erkennen, und die Zukunftskompetenz wird nur von 4 % als hoch eingeschätzt. In der Wahrnehmung der Bevölkerung ist die Partei DIE LINKE folglich eine relevante und gebrauchte Protestpartei, aber nicht Teil eines hegemoniefähigen Bündnisses, das die berechtigten Einzelanliegen in einen zukunftsfähigen Umbau der Gesellschaft einbringt. Dies wird eher von einem Green New Deal vermutet.

4 Die Tatsache, dass es die kleinen Parteien sind, die das Parteiensystem strukturieren, erklärt zumindest teilweise ihre wachsende Bedeutung.

V. Die fünf Eckpunkte linker Politik: Mitte-Unten-Bündnis – Einstiegsprojekte der Transformation – Kampf um Demokratisierung – offene Kooperation – Vision einer solidarischen Gesellschaft und des demokratischen Sozialismus

These 8: Im Mittelpunkt eines hegemonie-fähigen gesellschaftlichen Projekts der Linken muss die Bildung eines solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses stehen. Ein solches Bündnis würde dazu beitragen, den Aufstieg eines rechten und rechtsnationalen Konservatismus zu verhindern.

Der Neoliberalismus war Politik der herrschenden Klasse, oder wie der milliarden-schwere Finanzinvestor Warren Buffet sagte: »Wenn meine Klasse in Amerika Klassenkampf führt, gewinnt sie.« Es war ein Projekt, das in jeder Hinsicht – wirtschaftlich, sozial, politisch und kulturell – Macht, Eigentum und Einfluss in den global agierenden Eliten konzentrierte und sich dazu auf größere Teile der Mittelschichten stützte. Es war ein Oben-Mitte-Projekt par excellence, indem die Gruppe der finanzwirtschaftlichen Elite die Richtung angab und versprach, dass die Umverteilung nach oben und hin zu den Privateigentümern eine vermögens-getriebene Kapitalakkumulation in Gang setzt, die es vermag, die Wachstumsschwäche auf Dauer hinter sich zu lassen. 2007 und 2008 platzte die finanzielle und ideologische Blase und resultierte im Desaster.

Die neoliberale Politik hat die Klassenspaltung der Gesellschaft verschärft, den Zugang zu Sicherheit, Einkommen und guter Arbeit in zunehmendem Maße wieder von ihrer Lage als Lohnarbeiter und Eigentümer abhängig gemacht. Die obersten Gruppen wurden aus der Verantwortung für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt entlassen, nicht zuletzt auch durch steuerliche Entlastungen. Die untersten Schichten wurden in die Misere und Würdelosigkeit von Arbeitslosigkeit, Niedriglohn, Arbeitshetze und repressiver Kontrolle gejagt. Fast ein Viertel aller Vollzeitbeschäftigten sind im Niedriglohnsektor tätig. Achtzig Prozent davon haben eine abgeschlossene Berufsausbildung. Handel, Verkehr, viele Dienstleistungen werden zu Armutslöhnen erbracht, wovon die Besserverdienenden profitieren. Die Abwertung der Löhne der unteren Gruppen wertet die Marktmacht und Kaufkraft der Bessergestellten auf.

Der öffentliche Dienst und die Stammbesellschaften der Großkonzerne in Deutsch-

land wurden durch Privatisierung, Rationalisierung und Auslagerung von Produktion massiv reduziert. Die Bastionen der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Helmut Schelsky) der alten Bundesrepublik kamen unter den Hammer von Standortwettbewerb und Shareholder Value. Unsicherheit, Prekarität und Proletariat prägen wieder die Gesellschaft. Woher aber sollen dann heute eigentlich die Mehrheiten für eine andere Politik kommen?

Klassengesellschaften stellen Pyramiden von Eigentum und Macht dar. Aber gerade deshalb, weil die Lasten so ungleich verteilt sind, brauchen die Oberen ein bestimmtes Maß an Zustimmung zu ihrer Herrschaft. Wie aber kann diese gesichert werden, wenn die Spaltung der Gesellschaft derart aggressiv vorangetrieben wird? In der marxistisch inspirierten Tradition wurde lange Zeit unterstellt, dass große gesellschaftliche Gruppen (Klassen und Schichten) fixierte Interessen haben, die sie mehr oder minder adäquat zum Ausdruck bringen oder aber daran nur durch »falsches Bewusstsein« gehindert werden. Die reale Widersprüchlichkeit der sozialen Lage und die Möglichkeit, verschiedene Wege einschlagen zu können, führen aber dazu, dass ein und dieselben Gruppen sehr gegensätzliche Strategien verfolgen können und dabei erst ihre Interessen konkret bestimmen. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Lohnarbeiter können durch nationale oder sogar rassistisch artikulierte Abwehr von Migranten ihre Interessen zu verteidigen suchen (und deshalb in Italien die Lega Nord bzw. in Österreich die FPÖ und BZÖ wählen) oder durch den Ausbau eines solidarischen Sozialstaats. Frauen mit hoher Qualifikation können an einem Niedriglohnsektor interessiert sein, damit die Reproduktionsarbeit (Haushalt und Kinder) für sie kostengünstig individuell übernommen wird, oder aber sich für hochqualifizierte steuerfinanzierte öffentliche Dienstleistungen einsetzen.

Die Bevölkerungsmehrheit in der Bundesrepublik unterhalb der herrschenden Eliten kann sehr vereinfacht in sechs größere Gruppen eingeteilt werden (siehe Tabelle 1). Sie unterscheiden sich erstens nach ihrer Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess (der

»Ich möchte behaupten, dass der beste Weg, die Krise von Ungleichheiten, von Ernährung und Finanzen zu überwinden, darin besteht, sich auf die ökologische Krise zu konzentrieren. Sie bietet die größte Chance, durch ein umfangreiches ökonomisches Konversionsprogramm einen Ausweg zu finden. Meine Vision bestünde in einer Welt, geführt durch die reichen Länder, die die Konversion zu einer Wirtschaft ohne fossile Brennstoffe unternimmt, vergleichbar vom Ausmaß der Konversion, die die USA Anfang der 1940er unternommen haben, um den Krieg zu gewinnen.«

Susan George, 2009

»Ein wichtiges Aktionsfeld der Gewerkschaften sollte in den nächsten Jahren die Verteidigung der Grundlagen des deutschen Sozialstaats sein. Dabei geht es vor allem um das erreichte Niveau auf den drei Feldern Rente, Gesundheit und Arbeitslosenversicherung. Mit der erheblichen Verschuldung des Staates im Zuge der Banken- und Wirtschaftsrettungspakete und der absehbar steigenden Arbeitslosigkeit steht nichts weniger zur Disposition als die gesamte sozialstaatliche Infrastruktur und die industrielle Basis, die den letzten zwei Generationen von ArbeiterInnen zu bescheidenem Wohlstand verholfen hat.«

Jörg Nowak, 2009

von links unten nach rechts oben weisende diagonale Pfeil symbolisiert wachsende Verfügung über Eigentum, Vermögen und Macht). Ausgehend von ihrem Platz in diesem System beziehen sich die sozialen Gruppen stärker positiv auf den Sozialstaat bzw. sind für »freie Märkte« (horizontale Dimension) und setzen vor allem auf individuelle Selbstbestimmung (libertäre Werte) bzw. auf die Gemeinschaftlichkeit (vertikale Dimension) (Grafik 2). Die oberen Schichten mit einem höheren Maß an Verfügung über die Ressourcen sind gespalten, weil sie in zwei Sektoren tätig sind – entweder in der Privatwirtschaft oder aber im stärker öffentlich geprägtem Raum des öffentlichen Dienstes, der sozialen, kulturellen und humanorientierten Dienstleistungen. Erstere vertreten marktwirtschaftliche und gemäßigt autoritäre Einstellungen. Wettbewerb und Weisung sind ihre Leitideen. Letztere dagegen haben eher libertäre und sozialstaatliche Werte. Sie wissen um die Bedeutung von Aushandlung und Ausgleich. Jene, die von der Verfügung über Eigentum, Vermögen und Macht ausgeschlossen sind, wollen einen starken Sozialstaat und haben teils solidarisch-gemeinschaftliche oder aber autoritäre und sogar rassistische Einstellungen. Häufig werden diese Unterscheidungen durch weitere Faktoren wie Geschlecht oder Alter modifiziert, und entsprechend verändert sich das politische Orientierungsverhalten.

Um Mehrheiten zu gewinnen, sind drei Bündnisse möglich. Jede der genannten Gruppen kann direkt in zwei der drei Bündnisse aktiv eingebunden werden und in ihnen ihre Interessenvertretung sehen: (1) ein Bündnis der Bessergestellten, jener, die durch Qualifikation und Stellung über eine relativ sichere Position verfügen und überdurchschnittliche Einkommen realisieren können; (2) eine marktliberal-autori-

täre Allianz und schließlich (3) ein solidarisches Mitte-Unten-Bündnis (siehe dazu ausführlich Brie 2007). Keines dieser Bündnisse ist in der Lage, die Interessen, Werte und Ziele zu homogenisieren, sondern muss versuchen, sie jeweils anders miteinander zu verbinden. Sie sind deshalb auch instabil und immer umkämpft. Da die sozial-libertären Mittelschichten eher SPD, Grüne und partiell die Partei DIE LINKE wählen, und die marktwirtschaftlich orientierten Mittelschichten eher FDP und CDU, müssen SPD und CDU vor allem versuchen, auch die untere Mitte und die unteren sozialen Gruppen zu gewinnen, um zur Regierungspartei zu werden. Oder sie brauchen Partner, die dort starke Bastionen haben. Das Parteiensystem zwingt dazu, die soziale Frage nicht völlig zu vergessen.

- Das *Bündnis der Bessergestellten* ist eine Klassenallianz der herrschenden marktzentrierten Eliten und der oberen Mittelschichten. Schröder und Fischer haben die Rot-Grüne Regierung auf eine Politik der Neuen Mitte ausgerichtet, die die gering verdienenden Lohnarbeiter und unteren Gruppen politisch abschiebte und die Interessen der Vermögenden und »Leistungsträger« zur Leitschnur nahm. Auch das Projekt eines Neuen Gesellschaftsvertrages im Rahmen des Green New Deal hat wesentliche Züge eines Bündnisses der Bessergestellten im Rahmen einer ökologischen Modernisierung.
- Die *marktliberal-autoritäre Allianz* vereinigt unter der Vormacht derselben Eliten die privat-marktwirtschaftlichen Mittelschichten und bindet jene Gruppen der unteren Mitte und der Marginalisierten ein, die hoffen, durch Ausgrenzung anderer (Migranten, »Sozialschmarotzer« usw.) ihre eigene Stellung verbessern zu können und dabei staat-

Tabelle 1: Sozio-politische Milieus in Deutschland (vereinfacht nach Neugebauer 2006)

<i>marktwirtschaftlich orientierte Mittelschichten</i>	etablierte oder aufsteigende qualifizierte und hochqualifizierte Kräfte mit mittlerer bis oberer Leitungsverantwortung vor allem in der privaten Industrie
<i>sozial-libertäre Mittelschicht</i>	Gruppen im Bereich der sozialen, kulturellen und humanorientierten Dienstleistungen sowie der Kulturwirtschaft mit höherer Bildung, verankert nicht zuletzt im öffentlichen oder öffentlich geförderten Sektor
<i>zufriedene Aufsteiger</i>	Personen mit mittlerer Qualifikation, die einen beträchtlichen Aufstieg geschafft haben und eine hohe Eigeninitiative ausüben können, oft in handwerklichen Berufen und als Selbständige
<i>bedrohte Kernbelegschaften</i>	die durch Umstrukturierung und Krise bedrohten Kerngruppen von industriellen und industrienahen Lohnabhängigen mit mittlerer Qualifikation
<i>subproletarische Gruppen</i>	die moderneren diskriminierten Gruppen (wie Arbeitslose, Working Poor etc.), das sog. untere Prekariat
<i>traditionale untere Gruppen</i>	mit niedriger Qualifikation, in einfachen Tätigkeiten, oft Renterinnen oder Rentner

liche Unterstützung erwarten. Der neue Konservatismus in Deutschland, Frankreich oder Italien ist bemüht, die bedrohten Gruppen der Lohnabhängigen und traditionellen unteren Schichten für eine marktliberal-autoritäre Allianz zu gewinnen, die den Wirtschaftsnationalismus und die Kern-EU zum Markenzeichen hat. Um die gleiche Gruppe kämpfen auch die Vertreter eines »völkischen Antikapitalismus« (vgl. Kaindl 2007).

- Ein *solidarisches Mitte-Unten-Bündnis* würde sich vor allem auf die Interessen dreier Gruppen orientieren: (a) der Mittelschichten, die vor allem im Bereich des Öffentlichen, aber auch selbständig tätig sind, (b) der von neoliberaler Politik bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und (c) jener, die von der Deklassierung erfasst sind und nach solidarischen Lösungen suchen. Es wäre auf Partner in jenem Teil der politischen Eliten angewiesen, die durch ihre Verankerung im Staat Gemeinwohlinteressen aufnehmen wollen und würde die Interessen durch Einstiegsprojekte einer sozialökologischen Transformation zu verbinden suchen.

Jede der genannten Gruppen hat Interessenlagen, die ihren Einbau in jeweils zwei der drei möglichen Bündnisse erlaubt. Entgegen der naiven bzw. dogmatischen Interpretation marxistischer Vorstellungen haben LohnarbeiterInnen keinesfalls zwangsläufig eine linke Orientierung. Die neuen Mitte-Rechts-Regierungen in Italien oder Frankreich basieren ganz deutlich auf den Versuchen einer Integration dieser Gruppen in eine marktliberal-autoritäre Allianz. Durch einen Wirtschaftsregionalismus bzw. -nationalismus, durch eine Abschottung der Kern-EU und die Ankurbelung der Marktkräfte soll so das Versprechen eingelöst werden, das Lebensniveau beibehalten zu können. Standortwettbewerb mit ausländerfeindlichen und rassistischen Tendenzen wird zum Markenzeichen eines derart ins rechtsnationale gewendeten Konservatismus. Dem sozial im »Unten« der Gesellschaft nicht geerdeten Bündnis der Bessergestellten, von »Neuer Mitte« und »Drittem Weg«, folgte angesichts des Fehlens eines solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses der Linken die unter der Hegemonie der neoliberalen Eliten stehende Mitte-Unten-Allianz. Damit wird ein breiter Schub des Rechtspopulismus bis Rechtsextremismus verstärkt, dessen Elemente schon vorher entstanden waren. Dem muss durch den Aufbau eines solidarischen linken Mitte-Unten-Bündnisses begegnet werden.

Linke Bündnispolitik bedeutet nicht die einfache Vertretung vorhandener Interessen, sondern deren gegenhegemoniale Verwandlung, ihre Einfügung und Veränderung, ihre solidarische und demokratische Ausformung. Dies aber kann nicht von oben entstehen, sondern

muss vor allem von unten in den konkreten Kämpfen gefunden werden. Die Integration der Interessen von Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern, von Rentnerinnen und Rentnern, von Schülerinnen und Schülern, von Ökologie und internationaler Solidarität in ein gemeinsames Projekt, das die verschiedenen Interessen berücksichtigt und neu ausrichtet, kann nur aus einem gemeinsamen und offenen Suchprozess erwachsen. Dies ist der Ausgangspunkt für weitergehende Perspektiven.

These 9: Wichtigste Schritte auf dem Wege der solidarischen Umgestaltung der Gesellschaft wären der Kampf für Einstiegsprojekte der Transformation: (1) eine neue Form sozialer Sicherheit und Integration auf der Basis einer armutsfesten bedarfsorientierten Grundsicherung und die Erneuerung des Öffentlichen und der Aufbau eines solidarischen Sektors der Bildung, Gesundheitsvorsorge, Wissenschaft und Forschung, des Sports, der sozialen Dienste und Pflege sowie des Naturschutzes; (2) eine neue Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung: eine sozialökologische Transformation der gesamten Produktions- und Lebensweise; (3) neue Macht- und Eigentumsverhältnisse durch die Sozialisierung der Investitionsfunktion und die Demokratisierung der Wirtschaft und des Staates, und (4) eine neue internationale Solidarität durch Frieden, gemeinsame Entwicklung und Sicherheit. Dies wären zentrale Projekte des Einstiegs in eine radikale sozialökologische Transformation, die in ihrer Konsequenz auf eine sozialistische Gesellschaft zielen. Ein Grundmerkmal dieser Transformation ist der Übergang von Wachstum zu Entwicklung.

Linke Hegemonie ist nur durch ein sozial-emanzipatorisches Projekt möglich, das auf eine solidarische Lösung der gegenwärtigen Widersprüche zielt, die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft zum Ziel hat und zugleich in der Lage ist, marktorientierten Gruppen Angebote zu machen (also kein Klassenprojekt gegen sie ist, aber ihnen nicht den Primat der Definition der politischen Richtung überlässt).

Das Zentrum eines hegemoniefähigen Projekts, das Gruppen eines solidarischen Mitte-Unten-Bündnisses verbindet, ist das Öffentliche im weitesten Sinne. Viele sind im öffentlichen Dienst tätig, viele in Bereichen, die eigentlich öffentlich sein sollten und privatisiert wurden, viele in Sektoren, die unter öffentlich geförderter Arbeit fallen sollten (dies betrifft die sozialemanzipatorischen Gruppen der oberen Mitte). Andere hingegen, wie die »Arbeitnehmer«, brauchen öffentlichen Schutz, öffentliche Regeln, öffentliche Stärkung ihrer Macht usw., auch im Sinne von gesellschaftlich-transformatorischer

»Die außerordentlich schwierige Aufgabe besteht darin, die Grenzen der progressiven politischen Vorstellungskraft zu überwinden, die ihr durch die Aggressivität der neoliberalen Herausforderung im Zusammenhang mit dem Kollaps der bürokratischen sozialistischen Regimes in den frühen 1990ern auferlegt worden waren. Progressive sollten mutig und aufs Neue nach Paradigmen sozialer Organisation trachten, deren unverbrüchliche Ziele Gleichheit und eine partizipatorisch-demokratische Kontrolle der nationalen und internationalen Wirtschaft sind.«

Walden Bello, 2009

Strukturpolitik, Wirtschaftsdemokratie usw. Und die unteren Gruppen brauchen Unterstützung. Gerade Bildung ist das zentrale Thema, aber eben als solidarische Bildung, die zugleich sozial ausgleichend ist, individuelle und kreative Freiräume schafft und so für eine neue Gemeinschaftlichkeit steht, für junge Menschen Sinn macht. Eine solche Orientierung darf nicht mit allgemeiner Verstaatlichung gleichgesetzt werden. Mehrheitsfähig ist eine demokratisch organisierte und regulierte neu zu definierende Mischwirtschaft, nicht die Staatswirtschaft.

Wird sowohl von der Vision einer solidarischen Gesellschaft als auch von den aufgezeigten sozial und ökologisch zerstörerischen Prozessen ausgegangen, »liegt auf der Hand«, was hier und heute mindestens zu tun ist:

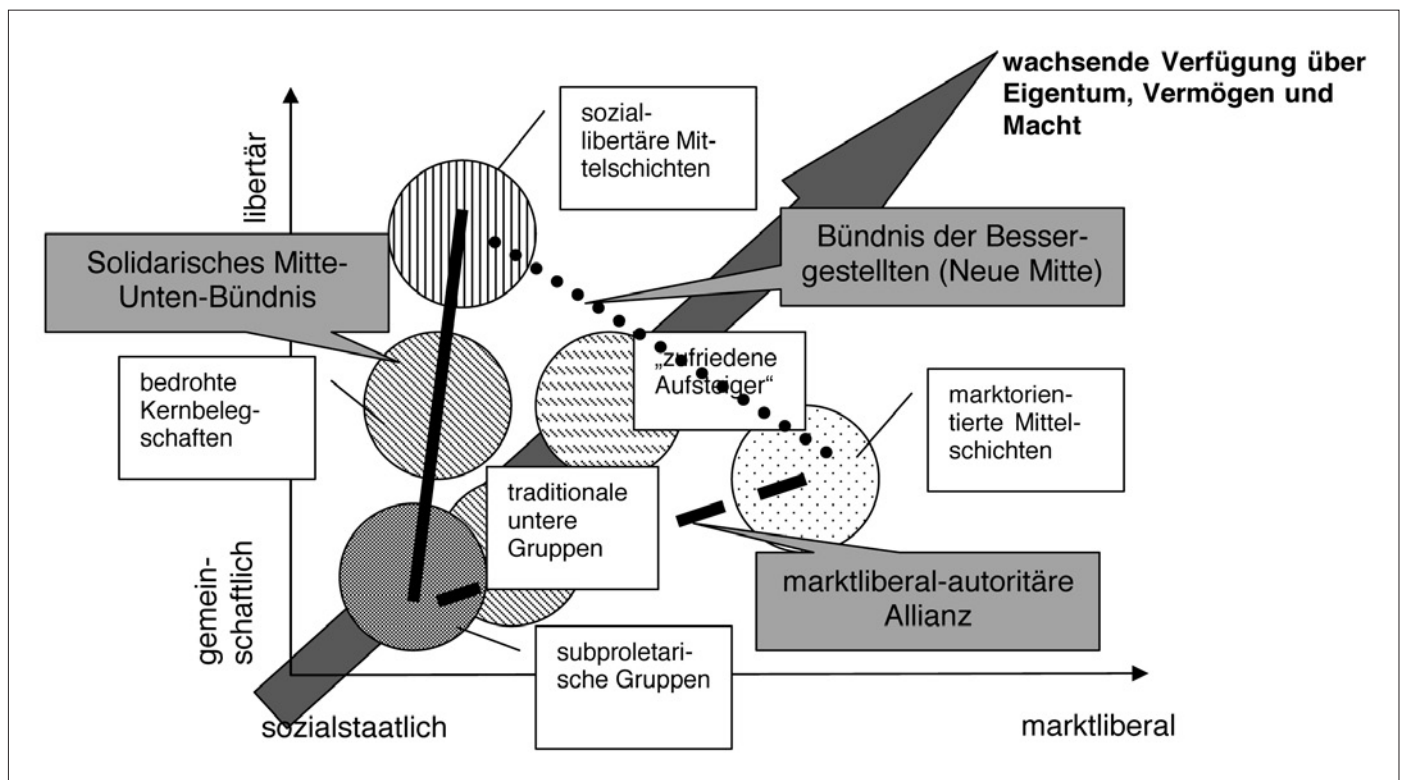
- gegen Armut und soziale Ausgrenzung mobilisieren – für armutsfeste soziale Mindeststandards und eine Devisen- bzw. Finanzumsatzsteuer zugunsten der global Armen eintreten;
- Widerstand gegen die Privatisierung öffentlicher Leistungen und Ressourcen organisieren – für ihren Erhalt und Ausbau bei ihrer gleichzeitigen Demokratisierung aktiv sein; stärker als bisher muss die Frage nach der Gestaltung und Struktur öffentlicher Unternehmen Gegenstand linker Diskussionen sein;
- für eine Demokratisierung und Vergesellschaftung von Forschung und Entwicklung, für eine demokratische Gestaltung von Inno-

vationsprozessen in ihrer ganzen Tiefe wirken;

- gegen die herrschende Sicherheits- und Militärdoktrin protestieren – für zivile Konfliktlösungen streiten;
- gegen sozial und ökologisch verheerende Produktion opponieren – für die Konversion zerstörerischer Formen der (insbesondere Rüstungs- und Energie-) Produktion wirken;
- gegen Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen aufbegehren – sich für die Verteidigung und Stärkung der Grundrechte engagieren (nicht zuletzt in der eigenen Gesellschaft).

Diese im antikapitalistischen und kapitalismuskritischen, auch im antineoliberalen politischen Repertoire der Linken keineswegs neuen Schlussfolgerungen bzw. Schritte müssen so qualifiziert werden, dass sie zugleich als effiziente, erfolgversprechende und zukunftsfähige Maßnahmen gegen die Finanz- und Wirtschaftskrisen, Klima-, Ernährungs- und Energiekrisen fungieren können und verstanden werden. *Sie müssen ihren transformatoryschen Charakter als kurz- und mittelfristige Krisenlösung und als langfristige Krisenverhinderung beweisen.* Soweit Vorschläge zu einem neuen New Deal, insbesondere zu einem Green New Deal, entsprechende Maßnahmen vorsehen, verdienen sie Unterstützung – doch falsche Schritte, die in ihnen propagiert werden, müssen deutlich kritisiert werden, wodurch auch Konturen eines linken Green New Deal deutlich gemacht werden können.

Grafik 2: Wertorientierungen und mögliche soziale Bündnisse



Bisher waren Linke – wie auch die Marktliberalen – mehrheitlich davon ausgegangen, dass Wachstum der Schlüssel zur Lösung der Probleme ist; nur wurde Wachstum unterschiedlich definiert und mit jeweils anderen Zielen verbunden. Angesichts der erreichten Kapazität materieller Produktion und der ökologischen Probleme wird der Übergang zu qualitativer Entwicklung zentral. Der Strukturwandel selbst rückt in den Mittelpunkt.

These 10: Der Kampf um die Demokratisierung der Kommunen und der Betriebe und Institutionen stellt ein Schlüsselglied für solidarische Bündnisse dar.

Die Orientierung der Konjunkturpolitik auf die Erhaltung der Grundstrukturen der bundesdeutschen Wirtschaft ist verbunden mit einem sinkenden Gewicht demokratischer Entscheidungsprozesse. Bei der Verteilung der Mittel aus den Konjunkturpaketen dominiert die Exekutive die Legislative. Die Richtung und die Art und Weise, in der sich ausgehend von diesen Umverteilungsprozessen die Krise löst, wird die gesellschaftliche Entwicklung auf längere Sicht prägen.

Diese sich in Krisenzeiten intensivierende Wechselbeziehung von Ökonomie und Politik muss in einer entsprechend engen Verbindung von Demokratisierungsbestrebungen auf der kommunalen mit denen auf der betrieblichen Ebene, in Forderungen nach einer Demokratisierung der sozialen Sicherungssysteme und einer Stärkung der Legislative gegenüber der Exekutive sowie in der Durchsetzung von Formen direkter Demokratie ihre Entsprechung finden. Das Öffnen von Entscheidungsprozessen über die Durchsetzung von Transparenz und durch die Nutzung aller Möglichkeiten, bereits zugängliche Entscheidungsprozesse zu beeinflussen, sind Voraussetzung, um die Lohnabhängigen in ihrer politischen Handlungsfähigkeit zu stärken und Bündnisse mit anderen sozialen Kräften zu schließen.

In der politischen Praxis erweisen sich die Demokratisierung des Umgangs mit der kommunalen Infrastruktur und den öffentlichen Ressourcen sowie die Einflussnahme auf Entscheidungen in Betrieben, Schulen, Universitäten und anderen Institutionen als Ansatzpunkte für Bündnisse zwischen verschiedenen Akteuren und als eine Basis gemeinsamen Handelns. An den Entscheidungen der Kommunen und der kommunalen Betriebe sollten die davon unmittelbar Betroffenen partizipieren können – »Kunden«, Konsumenten wie Beschäftigte. Die lokale, kommunale und regionale Ebene und die Ebene der Betriebe und Institutionen, in denen Menschen arbeiten, sind von besonderer Bedeutung, weil sie in erster Linie hier Kompetenzen erwerben, individuelle und kol-

lektive Lernprozesse erfahren, neue soziale Beziehungen entwickeln und ihre Lebensweisen verändern können. Erst daraus entsteht eine linke Politik nicht nur für, sondern vor allem durch Bürgerinnen und Bürger, Lohnabhängige selbst.

Angesichts der drohenden neuen Welle von Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten die Frage nach einem grundlegenden Umsteuern der Beschäftigungspolitik zentral werden. Hier ist die Forderung nach einer Demokratisierung der Bundesagentur und anderer mit den Hartz-Reformen geschaffenen Strukturen von entscheidender Bedeutung. Von der Politik der Bundesagentur wird eine enorme Wirkung auf die Steuerung der anstehenden Umstrukturierung in der Wirtschaft ausgehen. Es wird sich entscheiden, inwieweit die Beschäftigungspolitik im Sinne der Hartz-Gesetzgebung Strukturrentscheidungen von Unternehmen nachvollzieht und ihnen entsprechende Arbeitskraft bereitstellt, oder inwieweit sie unter Nutzung demokratischer Verfahren und darauf beruhendem Rückhalt in der Öffentlichkeit Potenziale aufbaut, um einen anderen Typ wirtschaftlicher Entwicklung zu befördern. Gewerkschaftliche Forderungen, wie die nach Zukunftsfonds (IG Metall) oder Konjunkturpaket III (ver.di), können nur so wirksam werden. Das erfordert an erster Stelle eine Revitalisierung und Verbreiterung der Selbstverwaltung sowie eine Wiederbelebung des strukturpolitischen Auftrages der Beschäftigungspolitik. Nötig ist eine Selbstverwaltung unter wirksamer Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen. Nötig ist die Ausrüstung der Institutionen mit der Möglichkeit der Schaffung strukturpolitisch orientierter Beschäftigungsgesellschaften (nicht wie jetzt Auffanggesellschaften). Nötig ist eine Arbeitsweise, die Projekte befördert, in denen sich Erwerbslose selbstorganisiert an der Schaffung neuer regionaler Wirtschaftsstrukturen bzw. einer erneuerten Infrastruktur beteiligen können. Nötig sind Foren, in denen unvermeidbare Interessenkonflikte zwischen der Bundesagentur und ihren Beschäftigten auf der einen und den Leistungsberechtigten auf der anderen Seite in gegenseitiger Achtung und gewaltfrei ausgetragen werden können.

Kommunale, regionale und betriebliche Initiativen, z.B. gegen Militärprojekte und soziale und ökologische Zerstörung, Bündnisse im Kampf gegen die Privatisierung bzw. für die Rekommunalisierung öffentlicher Leistungen, Unternehmen und Einrichtungen, Engagement für aktive Kommunal- und Regionalentwicklung (auch in Anknüpfung an erarbeitete Landesentwicklungskonzepte), und die Umgestaltung von Unternehmen, die sich nicht nach den Interessen von Global Playern und ihren Partnern richtet, können zugleich Anker internationaler

»Was, über die Kontrollen der Banken hinaus, sollte auf der öffentlichen Tagesordnung sein?

- Besteuert die höchsten Einkommen.
- Besteuert die internationalen Finanztransaktionen einschließlich der Währungstransaktionen.
- Streicht die Schulden des Südens.
- Schließt die Steueroasen.
- Bringt die transnationalen Konzerne unter Kontrolle.
- Gebt Eurobonds heraus für öffentliche Dienstleistungen, vor allem für den öffentlichen Transport.«

Susan George, 2009

»Einerseits gilt, dass man aus der gegenwärtigen Krisensituation nur mit und durch den Staat herauskommt. Andererseits ist dieser Staat noch nicht der demokratische oder besser noch wirtschaftsdemokratische Staat, der der (Zivil)Gesellschaft ein mächtiges Mandat zur Eindämmung der Macht der ökonomischen Eliten zur Regulation des Kapitals entsprechend den Bedürfnissen der Gesellschaft und zu neuen Ansätzen demokratischer Selbststeuerung überträgt.«

Redaktion Sozialismus, 2009

»Die Bundesregierung hat einen so genannten ›Wirtschaftsfonds‹ in gleichem Umfang von 100 Mrd. Euro beschlossen. Allerdings ist er nicht an Auflagen zur Beschäftigungssicherung, einer Belegschaftsbeteiligung und auch nicht die Bedingung zukunftsweisender Investitionen in zukunftsfähige Produkte und Produktionsverfahren gebunden. Als Beispiele seien hier nur Energie- und Rohstoff sparende Herstellungsverfahren, die Umwelttechnologien, regenerative Energien und Kraftstoff sparende Motoren genannt. Die Linke will also nicht nur einfach Mittel für notleidende Unternehmen bereitstellen wie die Bundesregierung, sondern sie erstens an eine Demokratisierung der Wirtschaft knüpfen, in dem die Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Belegschaften erweitert und gestärkt werden. Und zweitens wollen wir die notwendigen Investitionen in Bereiche lenken, die sozial und ökologisch nachhaltig sind. Wir haben immer wieder betont, dass die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit, Rente, Energieversorgung, Verkehr, Teile der Wohnungen, Teile der Kultur, Wasserver- und Entsorgung, Müllentsorgung usw. nicht privatisiert werden dürfen. Im Gegenteil, der öffentliche Sektor sollte nicht als staatliche Altlast, die privatisiert werden müsse, betrachtet werden, sondern als ein eigenständiger und wichtiger Bereich in der Wirtschaft.«

Gregor Gysi, 2009

und globaler Bewegungen gegen neoliberaler Globalisierung und Militarisierung werden. In einer solchen Gestalt und verbunden mit breiten gesellschaftlichen Bündnissen für eine andere Politik können die konkreten Kämpfe »vor Ort« zur lebendigen Grundlage einer erneuerten Linken werden. Es sind Orte des Lernens, der Veränderung und Selbstveränderung. Nur aus ihnen heraus kann die Massenbasis für eine solidarisch-emanzipatorische Politik erwachsen.

Das muss sich materialisieren in Strukturen und Arbeitsformen, in denen sich die Menschen als EinwohnerInnen, als Beschäftigte in einem Unternehmen oder im öffentlichen Dienst, auch als regional orientierte UnternehmerInnen, WissenschaftlerInnen oder als Erwerbslose gleichermaßen beteiligen können. Dabei kann z. B. an Erfahrungen der Armutskonferenzen und ähnlicher Foren oder auch an die Idee einer unabhängigen Sozialberichterstattung angeknüpft werden. Auch die Institution des Beteiligungshaushaltes (auch Bürgerhaushalt) erhält vor diesem Hintergrund eine neue, größere Bedeutung. International erprobte Formen des Monitoring von Politik, z. B. die Budgetanalyse als Möglichkeit zu mehr Transparenz der Haushaltspolitik, ließen sich in derartigen Bündnisprojekten realisieren.

Die anhaltenden Auseinandersetzungen um das öffentliche Bankensystem (bzw. dessen Reste) ist schließlich ein weiteres Problem, das nur durch eine Stärkung demokratischer Elemente produktiv lösbar ist. Die Auseinandersetzung um den Charakter der Sparkassen wird dabei zentral werden – inwieweit werden sie weiter das Interesse an der Entwicklung ihrer Basisregionen und einer soliden Geschäftspolitik haben, wenn die politische Bindung schwächer wird? Für Deutschland war die Geschäftspolitik der öffentlichen Banken einer der Auslöser der Krise! Die jetzt anvisierte Lösung, durch Bad Banks und durch eine Fusion der Landesbanken die Probleme mangelnder Transparenz und Kontrolle zu verlagern, befördert in diesem Sektor die Privatisierungstendenzen und schwächt die Möglichkeiten öffentlicher Banken, aktive strukturprägende Politik zu unterstützen.

These 11: Eine solche strategische Orientierung verlangt eine Veränderung aller linken Kräfte, ihre Bereitschaft und Fähigkeit zu langfristiger Kooperation sowie die Ausnutzung der Risse im herrschenden Block. Die »Mosaik-Linke« wird nicht wirksam, wenn sie ihre Fragmentierung nicht überwindet. Der Kampf um die Gewinnung von SPD und Grünen für das Projekt einer solidarischen Umgestaltung muss aufgenommen werden.

Rosa Luxemburg sagte einmal, dass das Wie von Politik oft wichtiger ist, als das Was,

also die Art und Weise, wie politische Forderungen durchgesetzt werden, die verschiedenen politischen Lager mehr unterscheidet, als das, was sie fordern. Wenn die verschiedenen linken Kräfte nicht in der Lage sind, durch strategische Kooperation die gesellschaftlichen Strukturen zu verändern, so werden ihre Erfolge nur darin bestehen, besonders mobilisierungsstarke Interessen einzelner Gruppen in einem Feld zur Geltung zu bringen, das vor allem durch die neoliberalen Eliten bestimmt wird. Die Rechtfertigung dieser Bestände vor allem darin, der herrschenden Politik für die »kleinen Leute«, für Minderheitenrechte usw. auch unter sehr widrigen Umständen Zugeständnisse abzurufen. Dies gilt für Gewerkschaften, die dann vor allem ihre Kernmitgliedschaft in den Großorganisationen vertreten würden, soziale Bewegungen mit libertären Forderungen oder auch eine Linkspartei, die in Opposition oder auch Landesregierung keinen wirklichen Richtungswechsel von Politik befördern könnte.

Alle genannten Kräfte werden nur dann die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die Macht- und Eigentumsstrukturen transformatorisch wandeln können, wenn sie in der Lage sind, eine Doppelstrategie zu realisieren, die die Verteidigung konkreter Interessen ihrer Kerngruppen mit übergreifenden Anliegen zu verbinden vermag, erstere nicht als »unwichtig« abtut und letztere nicht einfach kurzfristigen Zielen opfert. Die Gewerkschaften müssten die Frage des Kampfes um Beschäftigungssicherung mit konkreten Erfolgen bei der Demokratisierung der Betriebe und der Konversion/dem Strukturwandel der Volkswirtschaft in ökologischer und sozialer Hinsicht organisch verknüpfen. Auch die bürgernahe Reform des öffentlichen Dienstes wäre eine solche Aufgabe. Soziale Bewegungen müssten von ihrer Seite die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in ihre Kämpfe systematisch einbeziehen. Libertäre Forderungen dürfen nicht abgekoppelt werden von berechtigten Erwartungen bedrohter mittlerer und unterer Gruppen und das Gefühl für die Gegenseitigkeit von Rechten und Pflichten nicht ignorieren (siehe dazu die Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen oder zum Asylrecht).⁵

Eine wesentliche Ursache der Schwäche der Linken in Deutschland ist die Fragmentierung ihrer politischen Formationen. Die SPD hat sich im Kampf um die Regierungsfähigkeit zu einem Vorreiter neoliberaler Politik gemacht und sich damit zugleich selbst nachhaltig geschwächt. Die Grünen sind immer stärker zu einer libertär und marktwirtschaftlich orientierten Partei der Neuen Mitte und der Besserverdienenden mutiert. Die Partei DIE LINKE dagegen hat sich in Auseinandersetzung mit Rot-Grün formiert und aus dem Gegensatz zu diesen ihre rela-

tive Kraft gezogen. Aber für eine längerfristige Etablierung wird sie als Kraft der Kooperation, der offenen Problemsuche, der Bürgerbeteiligung gebraucht, die Probleme nicht vor allem als Mittel der eigenen Profilierung, sondern als Grund für die Suche nach besseren Lösungen versteht und imstande ist, deren tatsächliche Durchsetzung zu bewerkstelligen oder wenigstens nachhaltig zu befördern.

Die jetzige Lage bedeutet für SPD und Grüne, auf Bundesebene dauerhaft Juniorpartner von CDU/CSU zu sein oder sich mit der FDP als Exponenten marktradikaler Politik zu verbünden. Unter diesen Bedingungen kann die SPD Ziel, Kanzlerpartei zu werden, kaum erfüllen, und beide, SPD und Grüne, verzichten auf die Chance der Bildung einer eigenen Mitte-Links-Formation. In der Konsequenz nimmt die Spannung zwischen soziallibertären und marktlibertären Gruppen in der Partei Die Grünen zu, und die SPD vermag es nicht, sich zwischen der Option eines Juniorpartners der CDU und dem Kampf um ein ernsthaftes Mitte-Links-Bündnis (1998 der Politik der Neuen Mitte geopfert) zu entscheiden und hat sich durch die Absage an jede Kooperation mit der Partei DIE LINKE auf Bundesebene wesentlicher Optionen entledigt. Beide verdammen sich zur politisch-gesellschaftlichen Subalternität innerhalb eines von konservativ-rechten geführten »bürgerlichen Lagers« – in welcher parteipolitischen Konstellation auch immer. Die Partei DIE LINKE dagegen ist unter solchen Bedingungen auf ihre Funktion als Protestpartei festgelegt und bleibt gleichfalls, wenn auch als Opposition, eingebunden in ein Parteiensystem, das neoliberale Politik weiter trägt. Die LINKE, die SPD wie die Grünen haben gute Gründe, diese Situation zu überwinden.

Noch aber fehlt es an einer offenen strategischen Diskussion zwischen der gewerkschaftlichen, der sozialen und der politischen Linken sowie zwischen SPD, Grünen und der Partei DIE LINKE, wie eine breite Allianz für einen gesellschaftlichen Richtungswechsel geschaffen werden könne. Kurzfristige Zielstellungen und Taktik dominieren gegenüber dem Aufbau von Kooperationsfähigkeit und Strategien gemeinsamer Gewinne. Auch die Krise hat die Dringlichkeit eines solchen Bündnisprojekts und die dazu gehörende Bereitschaft zur Selbstveränderung und Akzeptanz von Differenz nicht erhöht.

Die Partei DIE LINKE sollte durch ihre Strategie zur Bildung eines breiten sozialen, politischen und kulturellen Bündnisses beitragen, welches das Projekt einer solidarischen Umgestaltung trägt und vorantreibt. Dazu muss

sie, soweit ihr dies überhaupt möglich ist, die Anreizstruktur von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, aber auch von SPD und Grünen verändern – die Möglichkeit verstärken, dass diese auf ein linkes, ein solidarisch-emanzipatorisches Projekt setzen.

Die herrschende Politik zeigt Risse zwischen jenen, die möglichst schnell und noch radikaler zur neoliberalen Politik ex ante zurückkehren wollen, jenen, die den Finanzmarkt-Kapitalismus mit modifizierten Mitteln einer strikteren Regulierung und einer begrenzten, auch ökologischen Modernisierung, besser zu kontrollieren suchen und deshalb auch zu Zugeständnissen bereit sind, sowie jenen, die erkannt haben, dass der Kapitalismus nur durch eine grundlegendere Umgestaltung im Rahmen eines Green New Deal oder Public New Deal zu erhalten ist. Genau an diesen Rissen kann transformatorische Politik auch aus der Minderheits- oder und Schwächeposition heraus ihre Keile in den herrschenden Block treiben und eine transformatorische Dynamik auslösen, die über den Kapitalismus hinausweist. Die LINKE kann insbesondere einen eigenen Beitrag zur Verbindung beider Ansätze und zur Ausarbeitung ihrer ebenso strategischen wie visionären Potentiale leisten.

Wenn es richtig ist, dass wir uns erst in der embryonalen Phase einer neuen Formation oder Produktionsweise befinden, dann besteht noch die Chance, auf deren Struktur und Ausrichtung Einfluss zu nehmen – in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union. Die jetzt ablaufenden Lernprozesse werden in Momenten neuer Richtungsentscheidungen entscheidend sein. Ein solcher strategischer Blick, der das jetzige Eingreifen immer auch an diesen langfristigen Zielen orientiert, kann helfen, aus der Krise eine Chance zu machen und die Bedingungen für einen Richtungswechsel zu schaffen.

These 12: Die Perspektive des demokratischen Sozialismus als Bruch mit kapitaldominierten Gesellschaften ist unverzichtbar für linke alternative Kräfte

Die Tiefe der Krise fordert überzeugende Alternativen. Doch die Linke hat auf die Krise des kapitalistischen Systems nicht sofort und offensiv mit dem Aufrufen ihres alternativen Gesellschaftsprojekts antworten können. Sie hat es nur unzureichend vermocht, die Konturen einer zukunftsfähigen gerechten Gesellschaft in die öffentliche Suche nach Antworten auf die Krise einzubringen.

Die konkreten Forderungen und Politangebote linker Kräfte für eine sozialökologische

»Statt des großen Wurfs ist daher vorerst die ernüchternde Fortsetzung beharrlicher Kleinarbeit gefragt, freilich jenseits der eingefahrenen Routinen und Ressorts und zugeschnitten auf die Krisensituation. Aktionismus, das Jagen von einer Demo zur nächsten, ist Kraftvergeudung. Stattdessen sind:

- kompetente und schnelle Aufklärung und Information über die Krise und ihre jeweils aktuelle Manifestationen,
 - die Schaffung von Allianzen in die Mitte der Gesellschaft hinein,
 - die Unterstützung spontan entstehender betrieblicher und sozialer Proteste,
 - Netzbildung europäisch und transatlantisch
- unter den gegebenen Bedingungen Eckpunkte einer Strategie, die die schmalen Spielräume auszuschöpfen in der Lage sein könnte. Das erscheint bescheiden, die Schaffung der dafür geeigneten Strukturen und die Umsetzung in praktisches Handeln wäre sehr viel. Ansonsten ist operieren auf Sichtweise nötig. Die Entwicklung kann jeden Moment abrupte Wendungen nehmen. Und dafür gilt die Parole von Prinz Hamlet: »Bereit sein ist alles.«

Peter Wahl, 2009

5 Die Isolierung der linkslibertären Bewegung in den USA seit den 1960er Jahren gegenüber größeren Teilen der weißen Arbeiterschaft ist dafür ein prominentes Beispiel.

»Vorwärts, und nie vergessen,
worin unsre Stärke besteht!
Beim Hungern und beim Essen,
vorwärts, nie vergessen:
Die Solidarität!«

Bertolt Brecht, 1930

»An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«

Karl Marx, Friedrich Engels, 1848

Wirtschaftspolitik, für die Abwendung einer Klimakatastrophe und eine solare Energiewende, für friedliche Konfliktlösung und Abrüstung, für gute Arbeit, solidarische Sicherungssysteme, moderne Bildung unabhängig von sozialer Herkunft, Erneuerung der Demokratie und Wirtschaftsdemokratie sind eine Antwort auf die zentrale Frage, was Menschen für die Freiheit eines selbstbestimmten Lebens brauchen, und sie bilden den roten Faden in der programmatischen Großen Erzählung der Linken. Während die *Vision einer solidarischen Gesellschaft* betont, dass an die Stelle der antagonistischen Vermittlung der Widersprüche moderner Gesellschaft die Gestaltung einer freien Entwicklung jeder und jedes Einzelnen als Bedingung der solidarischen Entwicklung aller ins Zentrum rückt, betont der *demokratische Sozialismus* den Systembruch, die Überwindung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse und der Profitdominanz.

Gestützt auf die langjährige programmatische Diskussion in der PDS und Linkspartei, der WASG und verschiedenster Gruppen der sozialen Linken und auch auf die davon in die »Programmatischen Eckpunkte« der LINKEN aufgenommenen Grundgedanken, setzt DIE LINKE den Reaktionen der Herrschenden auf die Krise die emanzipatorische Alternative einer gerechten, solidarischen Gesellschaft entgegen:

Erstens: Eine Gesellschaft der individuellen Freiheit, in der jede und jeder in sozial gleicher Weise an den Bedingungen eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit und Solidarität teilhaben – das ist der Grundgedanke des demokratischen Sozialismus. Das ist die Leitidee nicht erst für eine künftige Gesellschaft, sondern für den transformatorischen Prozess, der mitten in der bürgerlichen Gesellschaft

beginnt und über sie hinausführen kann. Bedingungen solcher Persönlichkeitsentfaltung sind Existenz sichernde und sinnvolle Arbeit, Bildung und Kultur, hochwertige Leistungen des Gesundheitswesens und der sozialen Sicherungssysteme, demokratische Beteiligung an gesellschaftlichen Entscheidungen (auch jenseits des repräsentativen Parlamentarismus) und Umweltgerechtigkeit in einer befriedeten Welt. Die sozial gleiche Teilhabe an diesen Grundgütern für jede und jeden ist die Grundlage individueller Freiheit. Deshalb können diese Güter »Freiheitsgüter« genannt werden.

Zweitens: In einer zukunftsfähigen Gesellschaft wird das Öffentliche – öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum, öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung, öffentliche Räume und Teilhabe der Öffentlichkeit an Entscheidungen – zur *conditio humana* für individuelle Freiheit. Es wird zum Medium der Solidarität, weil es Teilhabegerechtigkeit an elementaren Lebensbedingungen oder Freiheitsgütern zu bieten vermag. Das Öffentliche wird zum Halt der Einzelnen gegen eine Zukunft der Entsicherung und Ausgrenzung. Es geht darum, im Zusammenschluss mit Anderen Verfügung über die unmittelbar relevanten Lebensbedingungen zu erlangen (Holzkamp).

Reformschritte und das Streben nach einem revolutionären Bruch werden oftmals als unüberbrückbare Gegensätze betrachtet. Aber für diesen Widerspruch zwischen Reform und Revolution gibt es Bewegungsformen und Lösungen, die sich in einem voraussichtlich langen Prozess solidarischer *Transformationen* entwickeln – Menschen in der sich dann herausbildenden solidarischen Gesellschaft suchen dabei ihren Weg zur sozialistischen Gesellschaft.

IMPRESSUM

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Gesellschaftsanalyse und
politische Bildung e. V.
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
info@rosalux.de
www.rosalux.de

WISSENTTransfer

Wissenschaftliche Vereinigung
für Kapitalismusanalyse und
Gesellschaftspolitik e. V.
Lange Koppel 120
22926 Ahrensburg
buero@wissentransfer.info
www.wissentransfer.info

Vi.S.d.P.: Marion Schütrumpf

rls

WISSEN

Transfer